Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

34 (21.4.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

34. Sitzung.

Mittwoch, den 21. April 1926, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 33. Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister des Innern und des Kultus und Unterrichts Remmele, Finanzminister Dr. Köhler, Ministerialrat Rein, Oberregierungsrat Dr. Siefert.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Amtl. Berichts Sp. 1685/86.

Präsident Dr. Baumgartner

eröffnet die Sitzung nach 9¼ Uhr und gibt folgende

Eingänge

bekannt:

I. Verhinderungsanzeigen:

seitens der Abg. Duffner und Martin und der Abg. Frau Rigel wegen Erkrankung und seitens des Abg. Reinbold wegen geschäftlicher Verhinderung.

II. Gesuche:

1. der Arbeitsgemeinschaft der badischen Bezirksärzte, Bezirkstierärzte und Landesökonomieräte, die Einstufung derselben in die Besoldungsordnung,
2. des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller in Mannheim, Grund- und Gewerbesteuergesetz und Steuerverteilungsgesetz,
   Die beiden Gesuche werden dem Haushaltsausschuß überwiesen.
3. des K. Däubler im Zuchthaus Bruchsal um Rechtshilfe,
4. des H. Holzhauer in Pforzheim um Rechtshilfe.
   Letztere beiden Gesuche werden dem Ausschuß für Gesuche und Beschwerden überwiesen.
5. der Einwohner der Gemeinde Waldbeuren, Amt Pfullendorf, Vereinigung von Waldbeuren mit Burgweiler.
   Dieses Gesuch wird dem Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung überwiesen.

Das Haus ist mit den Überweisungen einverstanden.

Zu Ziffer 15 der Tagesordnung der 33. Sitzung:

Beratung über den Antrag der Abg. Dr. Glockner und Gen., Bekämpfung der Zerstückelung landwirtschaftlicher Grundstücke (Drucks. Nr. 41 und 41a)

zugleich zur Begründung des obigen Antrags erhält das Wort

Abg. Dr. Wolfhard (D. dem P.):

Nach einer von der Regierung vorgelegten Statistik sind die Grundstücke Badens in den Jahren 1902 und 1925 einer Zählung unterworfen worden, und sie hat im Jahre 1902 das Ergebnis gehabt, daß in Baden 4 560 667 Grundstücke vorhanden waren, während bei der Zählung im Jahre 1925 die Anzahl dieser Grundstücke sich auf 4 658 217 belief, und zwar ist die Vermehrung der Grundstücke, die durch die Stückelung entstanden ist, in den vier Landeskommissariatsbezirken des Landes ungefähr gleich gewesen. Im Landeskommissariatsbezirk Konstanz waren es im Jahre 1902 694 014 Grundstücke gewesen, die sich bis 1925 auf 712 081 vermehrt haben, also um 18 067 Grundstücke; im Landeskommissariatsbezirk Freiburg ist diese Zahl von 1 099 271 bis zum Jahre 1925 auf 1 136 219 gestiegen, in Karlsruhe von 1 084 259 auf 1 103 016. Im Landeskommissariatsbezirk Mannheim waren es 1 682 853, die sich auf 1 706 901 vermehrt haben, also insgesamt eine Vermehrung von 97 550 Grundstücken, in Prozentzahlen ausgedrückt. 2,14 % der Ge-

Abg. Dr. Wolfhard.

samtzahl der Grundstücke. In einer Zeit wirtschaftlichen Niedergangs, in der überhaupt nur die wirtschaftlich gut betriebenen Betriebe sich erhalten können, fragt es sich, ob eine zuweit gehende Zerstückelung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes nicht von großem Schaden ist. Von landwirtschaftlichen Kreisen, die dieser Frage unvoreingenommen gegenüberstehen, ist auch wiederholt wohl an alle Parteien des Hauses der Wunsch ergangen, daß dieser zu weitgehenden Zerstückelung der Grundstücke Einhalt geboten werden sollte. Wir haben uns nun veranlaßt gesehen, in unserem Antrage vom 26. November 1925 diesem Ansuchen einen Ausdruck zu verleihen in der Art, daß die bisherige unterste Teilungsgrenze von 9 Ar, je nach den Landesteilen, der Kulturart und ähnlichen Merkmalen in einer Weise erhöht wird, die eben produktionsfördernd wirkt. Wir haben uns, wie aus der allgemeinen Fassung unseres Antrags 41 hervorgeht, selbst die Schwierigkeiten vor Augen gestellt, die einer allgemeinen Regelung im Lande entgegenstehen. Wir haben deswegen diese allgemeine Form gewählt, weil wir hofften, daß von den sachkundigen Beratern der Regierung der früheren Forst- und Domänendirektion, die jetzt eine Abteilung des Finanzministeriums ist, uns die nötige Handhabe gegeben wird, damit die Gesetzgebungsvorschläge vielleicht weiter präzisiert werden könnten.

Das Finanzministerium hat in seiner Erklärung im Rechtspflegeausschuß nun unserem Antrag grundsätzlich billigend gegenüber gestanden. Es ist von dem Vertreter der Regierung ausgeführt worden, daß es auch seit Jahren im Finanzministerium ein Gegenstand der Sorge sei, diese weitgehende Zerstückelung der landwirtschaftlichen Grundstücke aufzuhalten, da sie auch dort für produktionsverschlechternd gehalten wird. Auch die Landwirtschaftskammer, der Vorstand und der Ausschuß für Agrargesetzgebung und Wirtschaftspolitik, die sich damit befaßt haben, haben grundsätzlich unserem Antrage zugestimmt. Die Landwirtschaftskammer hat in ihrer Äußerung vom 15. Januar 1916 ausgeführt, daß sowohl der Ausschuß für Landwirtschaftspolitik und Agrargesetzgebung wie der Vorstand nur einer Meinung über die volks- und privatwirtschaftliche Schädlichkeit einer zu weitgehenden Zerstückelung der landwirtschaftlichen Grundstücke sei (Abg. Klaiber: 15. Januar 1926!). Das war irrig, ich bitte um Entschuldigung, daß nur eine Meinung darüber bestände, über die volks- und privatwirtschaftliche Schädlichkeit einer zu weitgehenden Zerstückelung landwirtschaftlicher Grundstücke, wie sie in weiten Teilen Badens schon bestehe sowie über die Notwendigkeit der Hintanhaltung noch weiterer Zerstückelung. Aus diesen Gründen hat die Landwirtschaftskammer auch grundsätzlich zugestimmt. Es hat sich dann nur nachher ergeben, daß die Schwierigkeiten, auf die auch der Regierungsvertreter in der Ausschußberatung aufmerksam gemacht hat, so groß sind, daß ein Weg nicht gefunden wurde, um unserem Antrage die nötige Stützung zu geben, daß auch in den Einzelheiten eine Zustimmung in dieser Hinsicht erfolgen konnte.

Wir sind uns bei Einbringung dieses Antrags insbesondere bewußt gewesen, daß es sich je nach der Lage der landwirtschaftlichen Grundstücke, ob sie auf dem hohen Schwarzwald mit dem rauhen schweren Boden oder in der Rheinebene mit der großen Zerstückelung liegen, wo die wertvollen Handelsgewächse, wie der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, gedeihen und kultiviert werden, wesentliche Verschiedenheiten ergeben. Man darf aber aus der Not der Zeit heraus nicht gegen agrarpolitische Fundamentalsätze verstoßen, und ein solcher ist das Gebot, eine zu weitgehende Zerstückelung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zu vereiteln. Eine unnütze Grundstückzersplitterung vermehrt die Arbeit und vermindert den Ertrag. Je mehr Grenzfurchen entstehen, um so mehr Land bleibt ertraglos. Diese neuen Grenzen, die keinen Ertrag bringen können, sind Unkrautfurchen, — wie sie von einem Vertreter des Zentrums bezeichnet worden sind. Mit der Zahl der neuen Grenzen wächst die Schwierigkeit ihrer Erhaltung. Zu viele Grenzen ergeben immer Grenzstreitigkeiten, die zu schweren Mißhelligkeiten führen. — Die Streulage der Grundstücke ist für eine rationelle moderne Betriebsführung zudem äußerst ungünstig.

Das Maß von 9 Ar, das wir in dem Gesetz vom 6. April 1854 haben, und das man auch in das Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch — das im Oktober 1925 einer Neuveröffentlichung zugeführt wurde — enthalten ist, entspricht den alten badischen Vorschriften der Güterordnung. So bestimmt schon die baden-badische Verordnung vom 8. Januar 1771 bezüglich eigentümlicher Äcker und Wiesen, „es soll der Morgen nie weiter als in vier Teile geteilt werden, es wäre denn, daß ein Nachbar dem anderen das anstoßende Stück überlassen wollte, ohne daß dadurch eine Scheidefurche veranlaßt würde".

Bei der Beratung dieses Gesetzes sowohl vom Jahre 1854, als bei der Beratung des Ausführungsgesetzes zum BGB. ist einfach dieses Maß, das diesen alten Bestimmungen entsprach, übernommen worden. Es ist dabei von den Berichterstattern in den beiden Kammern darauf hingewiesen worden, daß die freie Teilung der Grundstücke in der Art Maß halten müsse, daß sie nicht darunter gehen dürfte, daß eine auskömmliche Lebenshaltung und eine einigermaßen rationelle Bestellung der Felder noch möglich ist. Wir sind nun der Meinung, daß, nachdem die wirtschaftlichen Umstände eine derartige Notlage der Landwirtschaft hervorgerufen haben, daß wir in der Tat versuchen sollten, auch dieses Normalmaß, daß ja insbesondere bei Teilung unter Geschwistern eine Rolle spielt, in der Art hinaufzusetzen, daß wir eine bessere Stückelung und daher auch eine ertragreichere Produktion bekommen sollten. Es ist nicht etwa so, daß in allen Teilen des Landes diese Pulverisierung und diese Atomisierung des Grund- und Bodenbesitzes als das zweckmäßigste betrachtet wird. Wir haben insbesondere auf dem hohen Schwarzwald eine große Anzahl von Amtsbezirken, in denen das Institut der geschlossenen Hofgüter besteht. Es entsprach das einem Wort, dem bei Beratung des Gesetzentwurfs vom 6. April 1854 Ausdruck gegeben wurde, daß, nachdem einerseits die Teilungsgrenze auf 9 Ar festgesetzt wurde, andererseits Maßnahmen von der Regierung zu erwarten seien, die die Zersplitterung des Grundbesitzes aufhalten sollten.

Das Institut der geschlossenen Hofgüter ist die andere Kehrseite, daß bestimmte Gebiete des Schwarzwalds und andere Gebiete, das Bauerngut, möchte ich sagen, in der Totalität vererben nach einem bestimmten Anerberecht, wonach, wenn nichts anderes bestimmt worden ist, der jüngste Sohn oder die älteste Tochter den gesamten Besitz erhält. Es ist das eine auf dem Edikt vom 23. März 1808 beruhende Agrarverfassung, die später in den Landrechtsätzen 827c—g ihre Stütze gefunden hat. Dieses Institut der geschlossenen Hofgüter hat die konservative Tendenz in den einzelnen Amtsbezirken gewahrt. Es ist 1898 zwischen der Ersten Kammer und der Zweiten Kammer eine Streitfrage gewesen, wie die geschlossenen Hofgüter behandelt werden sollen. Die Erste Kammer wollte die geschlossenen Hofgüter in allen Amtsbezirken zulassen, während die Zweite Kammer die geschlossenen Hofgüter nur in den Teilen, in denen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Dr. **Wolfhard.**

sie bodenständig gewesen sind, aufrecht erhalten wollte. Diese geschlossenen Hofgüter hatten im vorigen Jahrhundert eine derartig gute Organisation, daß, als im Frankfurter Parlament 1848 in § 3 der Grundrechte des deutschen Volkes die Teilbarkeit des Grund und Bodens festgesetzt wurde, 68 Petitionen aus dem badischen Land an das Frankfurter Parlament gingen, die sich für die Erhaltung der geschlossenen Hofgüter einsetzten, wie Buchenberger in einer Studie 1883 ausgeführt hat. Wenn Sie auf der einen Seite sehen, daß insbesondere die altbadischen Teile unseres Landes, und die Pfalz diese Pulverisierung und Atomisierung dieser Grundstücke übernommen haben, die aus dem französischen Recht und aus der Rezeption des römischen Rechtes sich ergab, werden Sie mit mir der Meinung sein, daß der Staat früher schon mit Recht gegenüber derartigen ins einzelne gehenden Auswüchsen Maßnahmen getroffen hat. Sie wissen, daß wir ein Bereinigungsgesetz haben, das mit großen Kosten in einem umständlichen Verfahren die Gemengelage der Grundstücke beseitigen und deren Zusammenlegung fördern soll. Es ist von der Regierung im Ausschuß mitgeteilt worden, daß ein Bereinigungsgesetz, das auf anderen Grundsätzen aufgebaut werden soll, zur Zeit in Bearbeitung ist. Nun bin ich der Ansicht, wenn auf der einen Seite die Feldbereinigung und die Flurbereinigung diese Mängel aufzuheben versucht, um größere Grundstücke zu schaffen, man auf der anderen Seite nicht hingehen darf und die Grundstückteilung vollkommen frei und unbeschränkt zuzulassen, die einen lebensfähigen Bauernbestand auf diese Art nicht zeitigen kann. Ich habe ausgeführt, daß die unnütze und übergroße Zersplitterung der Grundstücke mehr Arbeit verursacht. Der Herr Berichterstatter hat ausgeführt, daß das Pflügen und Eggen und die anderen landwirtschaftlichen Betriebsformen auf einem schmalen Stück weniger gut vorgenommen werden können, als auf einem großen, gut arrondiertem Besitztum. Von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, ist das Gute des Grundsatzes unseres Antrages anerkannt worden, aber es sind eine Reihe von Bedenken geltend gemacht worden.

Es ist insbesondere geltend gemacht worden, daß sozialpolitisch in der Zeit der großen wirtschaftlichen Not es unverständlich sei, daß man einen derartig wichtigen Grundsatz der Agrargesetzgebung aufzuheben versuche. Auch mir ist die Not des Fabrikarbeiters bekannt, der froh ist, daß er ein kleines Gütchen, einen kleinen Grundstückstreifen zum Kartoffel- oder Gemüsebau verwenden kann. Ich glaube aber, daß man grundsätzlich aus den Zeiten der Not heraus wichtige Prinzipien nicht gestalten soll, da das die Ausnahmezustände sind, die wir in diesem Gesetzgebungswerke nicht in Rechnung ziehen sollten. Ich bin der Meinung, daß wir selbstverständlich die jetzt geschaffenen kleinen Grundstücke und Parzellen, die die Arbeiter und weite Kreise des Mittelstandes in der Nähe einer großen Fabrikstadt im Besitz haben, erhalten sollen. An dem Maß dieser Grundstücke kann nichts geändert werden, ich glaube aber doch, daß eben doch als Norm dafür, etwa wie ein Berater der Landwirtschaftskammer das gesagt hat, ein halber Morgen besser wäre, als wenn wir diese kleinen atomisierten Besitze bis auf 9 Ar herunter zulassen. Wir wissen, daß bei Teilungen die einzelnen Erben der Kriegs- und Inflationszeit auf diese Grundstückstreifen sich gestürzt haben aus dem Gefühl heraus, daß in diesen Grundstücksteilen ein Besitz enthalten ist, der über die Inflationszeit hinausführt. Wir sind aber der Meinung, daß die Landwirtschaft heute nur durch eine rationelle Betriebsweise und intensive Förderung in ihrem gesamten Betriebe wirtschaftlich arbeiten kann; nur wenn sie mit bestem Saatgut und besten Maschinen ausgestattet auf Grundstücken arbeitet, die nicht durch ihre zu geringe Größe von vornherein zum Ausdruck bringen, daß ein einigermaßen notdürftiges Auskommen und eine rationelle Pflege und Förderung der Produktion in ihnen nicht gegeben ist.

Weiter ist gegen unseren Antrag von kommunistischer Seite im Rechtspflegeausschuß zum Ausdruck gebracht worden, daß wir gewissermaßen den Großgrundbesitz mit unserem Antrag fördern wollen. Eine Partei, die einen Naumann als ihren Führer hatte, ist dagegen gefeit, daß sie eine Vertreterin des Großgrundbesitzes ist, den wir übrigens in Baden gar nicht haben. Wir sind der Meinung, daß die Agrarfrage in der Tat in Preußen, wo es einen derartigen Großgrundbesitz gibt, am besten gelöst worden wäre, wenn die großen Güter im Osten in Bauerngüter umgewandelt worden wären, wenn ein bodenständiger Bauernstand entstanden wäre. Wie sich Naumann ausgedrückt hat, es ist eine Kulturfrage des Ostens, daß Bauerngut an Bauerngut bis an die polnische Grenze erstünde. Es ist gegen den Antrag eingewendet worden, daß wir der Landwirtschaft eine Zwangswirtschaft auferlegen würden. Das ist nicht richtig. Schon das jetzige Gesetz, die im Ausführungsgesetz zum BGB. niedergelegte Minimalgrenze von 9 Ar, ist keine Festsetzung einer Zwangswirtschaft, sondern eine Zweckmäßigkeitsbestimmung, daß man bei Teilungen unter ein gewisses Maß nicht heruntergehen darf. Denn sonst müßte man die Konsequenz ziehen, daß man die freie Teilung zuließe, und der Schenkvertrag eines Grundstückes von 1 Quadratmeter Land, der in Mannheim einem Schauspieler übermacht worden ist, Gültigkeit haben müßte. Wir haben bedauert, daß die Tendenz unseres Antrages zwar Anerkennung fand, aber nicht weitere Auswirkung erfahren hat. Wir haben uns fortgesetzt in dieser Richtung bemüht und ein neuer Antrag, der die Zustimmung von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten gefunden hat, ist von uns eingereicht worden, der die grundlegenden Tendenzen unseres Antrages wiedergab, daß man u. U. durch bezirkspolizeiliche Vorschriften versuchen sollte, dieser zu weitgehenden Zersplitterung Einhalt zu tun. Es ist im Ausschuß betont worden, daß es Aufgabe der Fachschulen sei, die jungen Landwirte darauf hinzuweisen, daß ein zersplitterter und atomisierter Besitz nie so ertragreich werden könnte, wie ein arrondierter Besitz. Wir hoffen, daß dieser abgeänderte Antrag von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, Zustimmung gefunden hat, im Plenum angenommen wird (Abg. Bock: Sie müßten ihn erst einmal bekannt geben). Entschuldigung, ich habe ihn nicht selbst gefertigt, er ist in der Zwischenzeit von meinen Parteifreunden bearbeitet worden, da wir ihn erst vorhin zu Papier gebracht haben.

Weiterhin haben wir in unseren Anträgen zum Ausdruck gebracht, die Zusammenlegung der Grundstücke verdiene möglichst auch in der Art Förderung, daß man sie von Gebühren frei lasse, daß die Gebührenfreiheit, die heute schon durch § 85 des Landeskostengesetzes für die Eintragung des Eigentums zu solchen Zwecken zugestanden ist, für alle Fälle, auch für Erbpacht und ähnliches ausgesprochen werde. Diesem Antrag gegenüber hat sich das Justizministerium auch durchaus nicht ablehnend verhalten. Vielleicht könnte auch erwogen werden, ob nicht auch, — damit man kleine Teile zusammenbringt — beim Meßbrief eine Gebührenfreiheit oder Gebührenherabsetzung möglich ist.

Mehr Sympathie als für die ersten Vorschläge haben wir auch schon im Ausschuß mit dem unter II enthaltenen Teil

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Dr. **Wolfhard**.

unseres Antrages gefunden; eine gleiche Aufnahme erhoffen wir für ihn auch heute im Plenum. Nach dem Grunderwerbsteuergesetze sind Grundstückerwerbungen heute auch dann nicht steuerfrei, wenn sie zum Zwecke der Zusammenlegung mit einem anderen landwirtschaftlichen Grundstück erfolgen. Anders verhielt es sich in dieser Beziehung nach dem alten badischen Verkehrssteuergesetz. Dessen § 35 enthielt unter Ziffer 2 eine Bestimmung, durch welche für Grundstücke, die zum Zwecke der Zusammenlegung erworben und übereignet werden sollten, Steuerfreiheit stipuliert war, sofern das zu erwerbende Grundstück die Größe von 9 Ar nicht überschritt.

Einer vom Herrn Vertreter des Justizministeriums ausgegangenen Anregung folgend, haben wir Ziffer II unseres Antrages dahin abgeändert, daß wir sagten, auf Grund des § 108 des Reichsgesetzes vom 12. September 1919 solle der Reichsfinanzminister ersucht werden, daß er für solche Grundstücke, die zum Zwecke der Zusammenlegung erworben werden, diese alte Gebührenfreiheit wieder herstellt.

Mit diesem Antrag haben wir, wie gesagt, lediglich das schwierige Gebiet der Agrarpolitik und der Agrargesetzgebung richtunggebend bestimmen wollen. Wir wollten einer Tendenz dienen, die von Ihnen allen freundlicherweise anerkannt worden ist: wir wollten durch den Antrag im Interesse der Rationalisierung und Intensivierung der Wirtschaft tätig sein; nach dem Gesetz der Trägheit und der Schwere müssen eben nun einmal solche gesetzlichen Bestimmungen vorhanden sein, damit nicht, insbesondere bei Erbteilungen, die Grundstücke in so starkem Maße unter eine Minimalgröße herabsinken, daß es in der heutigen schweren Zeit als nicht mehr erträglich betrachtet und bezeichnet werden könnte (Beifall).

Der Präsident gibt folgenden inzwischen eingekommenen

Antrag

der Abg. Glockner, Eggler, Klaiber, Dr. Mattes, Maier-Heidelberg und Weißhaupt bekannt:

„Die Unterzeichneten beantragen, an Stelle der Ziffer 1 des Antrags des Rechtspflegeausschusses vom 12. April d. J. in der Drucks. Nr. 41a zu setzen:

1. die Regierung ersuchen, zu prüfen, ob nicht zur Verhütung weiterer unwirtschaftlicher Zerstückelung des landwirtschaftlichen Geländes die sich aus der in Artikel 21 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch festgesetzten Mindestgrenze von 9 Ar für die Teilung von Ackerfeld und Wiesen ergeben können, gesetzliche oder sonstige Maßnahmen getroffen werden können, etwa durch Zulassung entsprechender bezirkspolizeilicher Vorschriften, für welche die vorherige Anhörung der Landwirtschaftskammer vorzuschreiben wäre."

In der Beratung erhalten weiter das Wort

Abg. **Kurz** (Sozdem.):

Der Antrag, der, nachdem er von seiten der demokratischen Fraktion eingebracht wurde, heute hier zur Debatte steht, hat im Rechtspflegeausschuß eine gründliche Aussprache und Erörterung gefunden. Auch wir in unserer Fraktion haben uns schon vor dem Kriege mit einem Antrag ähnlicher Art befaßt; die Verhältnisse des Krieges jedoch und dessen Nachwirkungen haben uns davon abgebracht, einen solchen Antrag einzubringen, weil ja in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression, wie diejenige ist, in der wir uns jetzt befinden, ein derartiger Antrag nicht angebracht wäre.

Mein Herr Vorredner hat in ausführlicher Weise auf die Gründe hingewiesen, die ihn und seine Fraktion veranlaßt hätten, diesen Antrag einzubringen. Aber ich muß gestehen: er hat keine neuen Momente ins Feld geführt, die wirklich stichhaltig und geeignet gewesen wären, uns den Antrag mundgerechter zu machen; im Gegenteil! Gerade heute ist der Herr Kollege Dr. Wolfhard — was er im Ausschuß nicht getan hat — in ausführlicher Weise auf die sozialpolitische Seite der Frage zu sprechen gekommen; aber gerade die Momente, die er in dieser Beziehung vorgetragen hat, müssen uns veranlassen, den ersten Teil, die Ziffer I des zur Beratung gestellten Antrags, abzulehnen. Wenn wir jetzt die Verhältnisse betrachten, wie sie infolge der Arbeitslosigkeit zur Zeit nicht allein in Baden, sondern in ganz Deutschland grassieren, so müssen wir konstatieren, daß wir, eben aus den bestehenden Verhältnissen heraus, diesem Antrag unsere Zustimmung versagen müssen, weil wir sehen, wie Tausende und Abertausende von Arbeitern, die Landwirtssöhne sind und von ihren Eltern etwas an Grundstücken geerbt haben, froh darum sind, wenn sie einen kleinen Garten, ein kleines Stück Land oder eine kleine Wiese in Besitz haben und wie das gewissermaßen jetzt, in dieser trostlosen Zeit, für sie einen Rettungsanker bildet. Gerade wenn wir draußen in der Umgebung der großen Städte die Parzellierungen ins Auge fassen, dann werden wir erst recht in dem Glauben bekräftigt, daß wir dem Antrag nicht zustimmen können. Ja wir könnten ihm zustimmen, falls wir voraussagen könnten, es werde in absehbarer Zeit sich unsere wirtschaftliche Lage derart bessern, daß das ganze Industrieproletariat wieder ausschließlich auf die Arbeit in den Fabriken oder in einem anderen Wirtschaftsbetriebe sich beschränken könnte, daß es nicht mehr darauf angewiesen wäre, auch mit dem Ertrag aus solchen Gütern zu rechnen. Gerade die jetzige Konjunktur aber und der jetzige Niedergang unserer Wirtschaft gibt doch in dieser Hinsicht keinen Lichtblick; die jetzige Lage läßt keine Hoffnung zu, daß in absehbarer Zeit sich die Verhältnisse wieder bessern werden.

Deshalb müssen wir einmal das Los eines Arbeitslosen betrachten, wie es gegenwärtig sich gestaltet. Da können wir doch konstatieren, daß ein Erwerbsloser froh ist, wenn er auf solchen Parzellen wenigstens so viel Kartoffeln bauen kann, als er benötigt, wenn er kleine Grundstücke mit Gemüse oder Obst bebauen kann, so daß ihm gewissermaßen für sich und seine Familie noch eine Zusatznahrung geboten ist, oder wenn er darüber hinaus noch in die Lage versetzt ist, noch etwas zu verkaufen. Gerade bei diesen kleinen „Parzellenbauern" finden wir doch Verhältnisse, unter denen der Vater, also ein kleiner Landwirt, an seine Söhne und Töchter, an seine Nachkommen zwei, drei Morgen Güter verteilen kann: Würde nun aber dieser Antrag angenommen und dürfte dann eine Zerstückelung im bisherigen Umfange nicht mehr Platz greifen, dann würde manches von den Erben besitzlos ausgehen, während die anderen Geschwister ihr Erbteil in Form von Grundstücken antreten könnten.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, können wir dem Antrag, wie er von seiten der demokratischen Fraktion uns vorgelegt ist, nicht zustimmen. Der Ziffer II dieses Antrages werden wir unsere Zustimmung erteilen.

Was nun den neu eingebrachten Antrag anbelangt, so glauben wir, es verantworten zu können und gegenüber den

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Kurz.

Arbeitern, den Angestellten und Beamten, also überhaupt den Kleinparzellenbesitzern uns nichts zu vergeben, wenn wir diesem Antrag in der nunmehr vorliegenden Form zustimmen; die Regierung möge prüfen, ob die Möglichkeit besteht, diesem Antrag, der nunmehr in günstigerer Form zur Debatte gestellt ist, Sympathie entgegenzubringen. Dem Antrag in seiner bisherigen Fassung jedoch — durch den einfach verlangt wurde, daß eine Parzellierung in der bisherigen Weise und im bisherigen Maße nicht mehr Platz greifen solle — müssen wir unsere Zustimmung versagen.

Abg. Zoller (Bürgerl. Ver.):

Mir als praktischem Landwirt ist der Antrag viel zu eng. Einer Teilung der Grundstücke unter 18 Ar könnte ich nicht zustimmen. Und zwar so: Es sollten keine Grundstücke unter 9 Ar mehr übergeben und eingetragen werden dürfen. Denn eine „Produktionsförderung" kann auf so kleinen Grundstücken nicht erwartet und nicht erzielt werden. Wenn man nun bedenkt, wieviel Zeit die Hin- und Rückfahrt verlangt, um ein Grundstück zu bestellen, dann muß man sich doch als Landwirt auf einen anderen Standpunkt stellen (Abg. Klaiber: Sehr richtig!). Gerade heute, wo man mit Maschinen arbeiten und überall die Technik voranschreiten soll, muß man sich sagen, daß einer derartigen Zersplitterung, wie sie speziell in Mittelbaden und Unterbaden zu verzeichnen ist, endlich einmal ein Ziel gesetzt werden müsse. Bei richtiger Bewirtschaftung darf doch nicht die meiste Zeit auf dem Weg zugebracht werden, sondern sie sollte eigentlich auf dem Grundstück selbst verbracht werden, nicht auf dem Weg zur Arbeit und von der Arbeit (Abg. Klaiber: Ganz richtig!).

Was die Zerstückelung an und für sich betrifft, so ginge es ja ganz gut, wenn man einen Antrag einbringen würde, der sagen würde, daß innerhalb des Ortsetters Grundstücke unter 9 Ar geteilt werden können, oder vielleicht auch noch in einer Zone bis zu einem halben Kilometer um die Ortschaft herum. Da könnte man davon reden, daß man kleine Grundstücke schafft. Aber in der großen Gemarkung, wo landwirtschaftliche Betriebe sind, sollte man immerhin dafür sorgen, daß keine Grundstücke unter 18 Ar oder unter 9 Ar mehr vorhanden sind, so daß man wenigstens noch mit der Sämaschine und Mähmaschine darauf umkehren kann, ohne den Nachbar belästigen zu müssen.

Ganz speziell in der Gemeinde, wo der Herr Abg. Kurz zu Hause ist, ist der Grundstücksbesitz so pulverisiert, daß man nur darnach frägt: wieviele „Stückle" hat denn die Tochter? — dann wird sie schließlich geheiratet (Heiterkeit). Nicht nach der Größe wird gefragt, sondern nach der Zahl der Stückle. Es kommt in Grötzingen vor, daß ein Bauer 60 bis 70 Grundstücke bewirtschaftet, und wenn man sie zusammenzählt, dann sind es kaum 6 bis 8 Morgen Land (Abg. Klaiber: Hört! hört!).

Ich lasse mir eine Pulverisierung oder Kleinteilung noch gefallen bei Rebbergen, bei gewissen Lagen von Grundstücken, wo es angebracht ist, daß jedes der Kinder einen kleineren Teil von den Grundstücken mitbekommt. Im allgemeinen aber stelle ich mich auf den Standpunkt, daß unter allen Umständen eine größere Teilung der Grundstücke erfolgen muß.

Schon das Feldbereinigungsgesetz vom Jahre 1856 weist darauf hin, daß man möglichst zusammenlegen und möglichst jedem Grundstück einen Weg geben soll. Das geht schon darauf hinaus, daß man kleine Grundstücke, also solche unter 8 und 9 Ar, nicht mehr haben kann; denn wenn man jedem Grundstück von 4 oder 5 Ar einen Weg und eine Brücke geben wollte, dann bestünde die halbe Gemarkung aus Wegen und Graben, und die wirtschaftlich nutzbare Fläche wäre um so geringer (Sehr richtig! bei der Bürgerlichen Vereinigung).

Wenn wir uns wieder auf den Standpunkt stellen, daß wir die Produktion fördern sollen, dann muß immer mehr darauf geachtet werden, daß man größere Grundstücke und geschlossenere landwirtschaftliche Betriebe bekommt, damit, wie ich eingangs meiner Ausführungen gesagt habe, nicht so viel Zeit auf dem Wege bleibt; denn ein altes Sprichwort sagt: „Zeit ist Geld!" Und wir haben bekanntlich in Deutschland Geld sehr notwendig, und das Geld kann man nur verdienen, wenn man produktive Arbeit leistet und nicht seine Zeit auf dem Weg verschlendert.

Der Herr Abg. Kurz hat vorhin hervorgehoben, daß, wenn ein Bauer stirbt und die Teilung vor sich geht und zwei bis drei größere Äcker da sind, es bei Annahme des Antrags der Kommunisten ausgeschlossen wäre, daß jedes Kind einen Besitz bekommt. Das ist nicht richtig. Die größeren Grundstücke sind sehr oft von der gleichen Bonität, und man kann dann diese zwei oder drei Äcker, anstatt sie zu zerstückeln, so verteilen, daß man dem einen hier einen Acker gibt und dem andern dort einen. Es ist gar nicht notwendig, daß die Geschwister von jedem Grundstück einen Teil bekommen. Derart läßt sich ganz gut teilen; und man macht es auch heute so.

Ganz zwecklos wäre es, wenn man nach Durchführung einer Melioration und Zusammenlegung wieder eine Teilung vornehmen würde. Wir haben gerade in Durlach und Grötzingen zusammen die große Melioration auf den Wiesen und man legt dort die sogenannten Stückle alle wieder zusammen; wenn da im nächsten Jahr eine Teilung vorgenommen würde, käme der Geometer wieder und sie würden wieder auseinandergeschnitten. Das dürfte eigentlich nicht mehr vorkommen (Abg. Klaiber: Sehr richtig!).

Ich möchte meine Ausführungen dahin schließen, daß unsere Fraktion, da die Möglichkeit nicht besteht, einen erweiterten Antrag jetzt noch einzubringen, dem gemeinsamen Antrag zustimmen wird (Beifall bei der Bürgerlichen Vereinigung).

Abg. Weißhaupt (Zentr.):

Die Mitteilungen, die der Herr Kollege Dr. Wolfhard gemacht hat über die Zunahme der Parzellen, die Zerstückelung des Besitzes, sind vom Gesichtspunkt der Landwirtschaft aus sehr bedenklich. Ich nehme aber an, daß es sich bei der Zunahme der Parzellen weniger um landwirtschaftlich genutzte Grundstücke handelt als um Gartengrundstücke und eventuell auch Bauplätze, die in letzter Zeit ja vielfach beansprucht worden sind, so daß größere Parzellen vollständig aufgeteilt worden sind in soundsoviel Einzelgrundstücke.

Wenn man zum Beispiel in einer Gegend daheim ist, wo man infolge der klimatischen und der Bodenverhältnisse gewohnt ist größere Parzellen zu haben, so mutet es einem eigentümlich an, wenn man z. B. ins badische Mittelland kommt und die furchtbar kleinen Parzellen sieht, auf denen der einzelne Landwirt, wenn er seinen Acker bestellt, mit seinem Fuhrwerk gar nicht umkehren kann, ohne fremde Grundstücke dabei zu benutzen. Daß auf einem solchen Grundstück ein rationeller Landwirtschaftsbetrieb nicht stattfinden kann, das ist selbstverständlich. Einerseits ist die ganze Arbeit erschwert, und andererseits geht natürlich auch viel nutzbare Fläche auf diese Weise verloren, und die Anwendung von Maschinen, die Durchführung eines Maschinenbetriebs ist da vollständig ausgeschlossen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Weißhaupt.

Einem Zwang zur Zusammenlegung möchte ich aber das Wort nicht reden. Im Gegenteil! Ich kenne noch aus meiner Jugendzeit Gemeinden, wo die Güter vollständig zusammengelegt waren und jeder einzelne Landwirt seinen ganzen Besitz in einer Parzelle oft von 30 bis 40 und noch mehr Morgen gehabt hat. Wenn man nun jetzt in die gleiche Gemeinde kommt, dann sieht man von einem Zusammenlegen nichts mehr: es sind Erbteilungen vorgekommen, es hat eine zeitlang die Hofschlächterei sehr stark grassiert, z. B. bei uns im Seekreis. Und so hat man dort jetzt wieder eine Parzellenwirtschaft, wie vorher. Nur bei solchen Familien, wo keine Erbteilung und kein Verkauf stattgefunden hat, findet man noch die großen, geschlossenen Parzellen von damals.

Wenn der einzelne Besitz aus einer einzigen Parzelle besteht, so hat das einen Nachteil bei Hagelschaden. Gewöhnlich geht ja der Hagel nicht auf der ganzen Gemarkung nieder, und bei geschlossenem Besitz kann es so kommen, daß die ganze Ernte eines Landwirts vernichtet wird. Schon aus diesem Grund darf man nicht daran denken, irgend welchen Zwang auszuüben oder alles Heil für die Landwirtschaft darin zu suchen, daß alles in einer großen Parzelle liegt. Es sind also auch Nachteile zu verzeichnen; aber immerhin muß zugegeben werden, daß die Art der Zerstückelung, wie man sie in Mittelbaden hat, nichts Erfreuliches und auch nichts Vorteilhaftes ist.

Der Herr Kollege Kurz hat gemeint, es sei in einer Familie gut, wenn bei der Erbteilung jeder einzelne Erbe mit Grundstücken abgefunden wird. Das war hauptsächlich in der Inflationszeit sehr vorteilhaft. Da haben wir es gesehen, daß diejenigen, die in Gegenden daheim sind, wo die Grundstücke noch geteilt werden, weit besser daran waren, als die Leute aus Gegenden, wo man die einzelnen Kinder mit Geld abgefunden hat, das dann vollständig verloren gegangen ist.

Aber auch dort, wo die Erbteilung in Grundstücken stattfindet, kann man verhüten, daß die Parzellen zu klein werden. Man braucht nicht jede Parzelle auseinanderzureißen — wie es scheints nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Zoller in der Heimat des Herrn Kollegen Kurz der Fall ist — sondern kann die Parzellen lassen, wie sie sind; jedenfalls braucht man sie nicht kleiner zu machen, sondern man kann im Gegenteil vielleicht sogar bei Erbteilungen eine Zusammenlegung vornehmen (Zuruf des Abg. Kurz). Aber wenn man die Verhältnisse in den Gegenden mit kleinem Parzellenbesitz betrachtet, so sieht man doch, daß die Verschiedenartigkeit der Bewirtschaftung und des Betriebs es doch verlangt, oder man bekommt die Empfindung, daß es berechtigt ist, daß auch kleinere Parzellen da sind, einmal beim Rebbau und insbesondere beim Bau von Handelsgewächsen. Man kann mir natürlich entgegenhalten, es gibt auch Betriebe von Handelsgewächsen und gärtnerische Betriebe, die jedenfalls eine bessere Rente abwerfen im Großbetrieb als im Kleinbetrieb. Wenn wir z. B. zwischen hier und Rastatt von der Bahn aus einmal einen Blick hinauswerfen und sehen den gärtnerischen Großbetrieb des Herrn Weber bei Muggensturm, so müssen wir sagen, das muß jedem einfach imponieren. Jedenfalls kommt eine viel größere Rente heraus und ich glaube auch, daß die Ausbeute der Produktion eine größere ist als beim Kleinparzellenwesen. Da muß doch auch die Frage gestellt werden: Auf dem gleichen Besitz könnten vielleicht 50—60 Familien eine selbständige Ackernahrung haben, einen selbständigen Familienbetrieb unterhalten, und bei der heutigen Lage der Erwerbslosigkeit muß man sich doch schließlich fragen: Was ist besser, soundsoviele kleine Familienbetriebe selbständig zu erhalten, als einen derartigen Großbetrieb zu haben, um in der einen oder anderen Familie die überschüssigen Arbeitskräfte auszunützen und als Arbeiter in dem Betrieb verwenden zu können. Jedenfalls alles Heil kann im Großbetrieb nicht gesehen werden.

Ein Vergleich mit dem Norden läßt sich gar nicht ziehen. Wir haben im Norden große Güter, wo anerkanntermaßen 200 Morgen dazu gehören, bis eine Ackernahrung vollständig beieinander ist, während bei uns in Baden, da wo Handelsgewächse gebaut werden, ja schon mit 1 und 2 Hektar bereits eine Ackernahrung vorhanden ist, mit der es möglich ist, eine ganze Familie gut zu erhalten.

Den Antrag, der jetzt eingebracht worden ist entgegen dem Ausschußantrag, habe ich auch mit unterschrieben. Ich hoffe, daß er dazu beiträgt, daß die Zerstückelung bei uns in Baden nicht derartig weiter geht, und auf der anderen Seite wird er, glaube ich, auch verhüten, daß ein Zwang nicht stattfindet, und daß insbesondere kein radikaler Eingriff in die Eigentumsverhältnisse gemacht werden, insbesondere daß es verhütet wird dadurch, — weil ja immerwährend von der Landwirtschaftskammer ein Gutachten abgefordert wird — daß ein radikaler Eingriff in die Eigentums und auch in die Familienverhältnisse stattfindet. Ich hoffe, die Verhandlungen sollten dazu beitragen, daß draußen in der Öffentlichkeit das Verständnis dafür geweckt wird, daß da und dort einzelne Familien dazu übergehen, ihre Parzellen zusammenlegen, so daß die einzelnen Betriebe besser und auch ertragsfähiger werden.

Abg. Obkircher (D. Vp.):

Ich hätte mich an sich nicht zum Worte melden müssen, da ja im Ausschuß auch von unserer Fraktion der Standpunkt klargelegt wurde, der von dem Herrn Berichterstatter auch in seinem Bericht wiedergegeben worden ist. Kurz, wir billigen die Richtung, das Ziel und die Absicht des Antrags der Herren Abg. Dr. Glockner u. Gen., der dahin geht, eine weitere Zerstückelung des landwirtschaftlichen Besitzes im Interesse einer besseren Bearbeitungsmöglichkeit, einer erhöhten Produktionsmöglichkeit und Fähigkeit zu verhindern. Wenn wir trotzdem im Ausschuß der Ziffer 1 des Antrags weder uns angeschlossen haben, weder zugestimmt, noch ihn abgelehnt, sondern uns der Stimme enthalten haben, so ist das darin begründet, daß wir nicht geglaubt haben, daß durch die Versagung der Zustimmung zu dem Antrag der Abg. Dr. Glockner u. Gen., das zum Ausdrucke gebracht ist, was doch eigentlich der Ausschuß und der Landtag in seiner Mehrheit will, nämlich die Richtung und das Ziel des Antrags zu billigen. Wir haben uns deshalb der Abstimmung über Ziffer 1 des Antrags im Ausschuß enthalten und wir werden es auch heute tun. Wir haben damals den Antragstellern nahegelegt, ob der Antrag nicht zurückgezogen werden wolle, und wir freuen uns, daß die Herren Antragsteller einen Ausweg gefunden haben, der auch durchaus unserer Absicht und unserer Meinung entspricht, nämlich, daß man angesichts der Schwierigkeiten, die auch von seiten der Regierung vorgetragen worden sind, eine Norm zu finden versucht, wie man die Zerstückelung verhindern kann unter Überwindung der Schwierigkeit, die verschiedenen Landesteile, die verschiedenen Kulturarten zu berücksichtigen. Dies ist der Zweck des Antrags, der uns heute vorliegt, und der von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterstützt wird. Diesem Antrage stimmen wir also durchaus zu und hoffen, daß damit die Absicht der Herren Antragsteller erfüllt wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Obkircher.

Es ist selbstverständlich, daß wir auch der Ziffer 2 des Antrags, wie auch schon im Rechtspflegeausschuß, unsere Zustimmung erteilen.

Abg. Ritter (Komm. P.):

Ich erkläre hier wie im Ausschuß, daß wir grundsätzlich immer für eine Zusammenlegung des Grund und Bodens zu dem Zwecke einer besseren Bewirtschaftung sind, aber nicht in dem Sinne, wie es hier gedacht ist, zur privatprofitlichen Ausbeutung des Grund und Bodens, sondern nur wenn das auf genossenschaftlicher Grundlage geschieht. In diesem Sinne sind wir jederzeit bereit dafür einzutreten.

Nachdem nun der neue Antrag vorliegt und hier die Anteile oder die Größe des Grundstückes klar umgrenzt sind, was im Ausschuß nicht der Fall war — im Ausschuß konnte man noch annehmen, daß der Verkauf größerer Grundstücke in Betracht kommen könnte, die demokratische Partei hat nicht erklärt, wie groß das Stück sein soll, das nicht verkauft werden darf — ich sage also, nachdem jetzt hier umgrenzt ist und zwar auf 9 Ar, wollen wir dem Antrag, wie er jetzt erneut hier eingegangen ist, zustimmen. Ich betone dabei noch einmal ausdrücklich, daß das, was hier gemacht wird, nicht dazu dient, eine bessere Bewirtschaftung des Bodens, d. h. im Interesse der Konsumenten, herbeigeführt wird. Es wird nur verhütet, eine kleine Zerstückelung des Grund und Bodens vorzunehmen, während die Produktionsweise die alte bleibt. Eine Zusammenlegung des Grund und Bodens hat nur dann einen Sinn, wenn auch eine dementsprechende Ausbeutung des Grund und Bodens, wie es gestern hier schon zum Ausdruck gekommen ist, durch Technik und Wissenschaft herbeigeführt wird, und diese Ausbeutung des Bodens dann nicht einem einzelnen Besitzer eines Grundstückes zu seiner Bereicherung dient, sondern den Konsumenten zugute kommt. Nur dann hat es einen Zweck. Und weil wir auf dem Standpunkte stehen, daß die Zusammenlegung, wie sie hier gedacht ist, nicht den Zweck erreichen kann, sondern nur den Zweck hat, eine allzukleine Zerstückelung zu verhüten, sind wir für den Antrag. Wir sehen es gar nicht gerne, daß die Landwirtschaftskammer dazu herangezogen werden soll, ein Urteil darüber abzugeben, denn die Zusammensetzung der Landwirtschaftskammer und ihre Politik ist uns hinreichend bekannt, daß sie nur eine Politik im Interesse des Großgrundbesitzes ist und gegen den Kleinpächter und auch gegen den Kleinbauer gerichtet ist. Also wir sind nicht davon überzeugt, daß die Landwirtschaftskammer in dieser Frage so objektiv urteilen wird, wie das sein müßte (Abg. Klaiber: Hätten Sie nur dafür gesorgt, daß Bürgin hineingekommen wäre! — Zuruf von den Kommunisten: Ein alter Witz!).

Abg. Maier-Heidelberg (Sozdem.):

Es ist von einigen Rednern anscheinend die Stellungnahme meines Parteifreundes Kurz nicht richtig verstanden worden. Er hat keineswegs erklärt — das möchte ich hier feststellen — daß wir etwa Gegner der Tendenz des Antrags sind und für eine weitere Zerstückelung eintreten wollten oder gar für eine Pulverisierung der einzelnen Grundstücke, sondern er hat nur die Gründe dargelegt, die uns zurzeit bestimmen, jetzt keine gesetzliche Regelung und Absperrung vorzunehmen, weil das für manche Arbeiter außerordentlich unangenehm wäre, aus den Gründen, die mein Freund Kurz vorgetragen hat. Das wollte ich unterstreichen, damit nicht ein falscher Eindruck nach außen erweckt wird. Ich habe den gemeinsamen Antrag im Einverständnis mit meinen Parteifreunden unterschrieben, weil wir, wie alle Parteien des Hauses mit der Tendenz des Antrags an und für sich einverstanden sind. Vor allem habe ich unterschrieben, weil die Regierung ersucht wird, zu prüfen, wie die Sache geregelt werden kann. Allerdings sind bestimmte Punkte in dem Antrage angegeben, nach welcher Seite die Prüfung erfolgen solle. Wir nehmen aber an, daß wenn die Regierung diese Prüfung vornimmt, sie dieselbe auf die ganze Breite der Angelegenheit ausdehnt und nicht nur auf einen speziellen Punkt, daß wir einmal offizielles Material bekommen über die tatsächlichen Verhältnisse. Dies wäre das erstrebenswerteste, um auf Grund dieses Regierungsmaterials die geeigneten Maßnahmen erörtern und durchführen zu können.

In Verbindung damit möchte ich noch sagen, wenn von den Demokraten bei Stellung ihres ersten Antrages und bei der Begründung desselben und wenn auch von anderen bürgerlichen Parteien in der Hauptsache so sehr darauf hingewiesen wird, als ob die gesetzliche Regelung durch Rationalisierung der Wirtschaft sehr bald landwirtschaftlich bessere Erträge in Baden bringen würde, möchte ich dem hier widersprechen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Denn bis wir den Effekt einer solchen Gesetzesänderung sehen werden, wird kaum einer mehr am Leben sein, der sich zurzeit im Saale befindet. Wenn man das will, die Landwirtschaft bei den nunmehr in Baden gegebenen landwirtschaftlichen Besitzverhältnissen zu rationalisieren, wird man das andere tun müssen, man wird trotz der Besitzverhältnisse und unter Anerkennung der Besitzverhältnisse, die man vielleicht in späterer Zukunft einer besseren Regelung unterziehen kann, was aber einer Zeit von Jahrzehnten bedürfte, wird man diese Rationalisierung durch eine genossenschaftliche Bebauungsweise und eine gemeinsame Bebauungsweise der zerstückelten Felder durchführen müssen. Das ist der Weg zur Rationalisierung der badischen Landwirtschaft, und wenn wir den Weg nicht gehen, werden wir bei den kleineren und mittleren Besitzern eine wirklich rationellere Wirtschaft einfach nicht durchführen können. Man hat mir öfter persönlich gesagt, wenn man solche Gedanken vorträgt, das sei aus psychologischen und anderen Gründen nicht möglich; ich will hier den Beweis erbringen, daß es anderwärts auch geht. In der Schweiz, im Alpengebiet, wo es aus technischen Gründen nicht möglich ist, daß der einzelne Bauer seine 1 oder 2 Kühe den Sommer über auf die Alp bringt, hat die Not der Verhältnisse dazu gezwungen, Alpgenossenschaften zu bilden und den Ertrag der Alpwirtschaft nach einem Schlüssel auf der Grundlage der aufgetriebenen Kühe und der gelieferten Milchmenge zu teilen. So gut wie dort ginge es auch bei uns, vor allem in Mittelbaden und im Unterland, wo es geradezu manchmal zum Heulen ist, wenn man sieht, wie die kleinen Stücke vernachlässigt werden, weil der einzelne Besitzer aus Mangel an dem nötigen Gespannvieh und mangels Dung und anderer Dinge sie verwahrlosen lassen muß. Die schönsten, ertragreichsten Böden, die wir zum Teile haben, werden durch die zerstückelte Bebauungsweise und Anbauart zu einem minderen Erträgnis gebracht, was außerordentlich bedauerlich ist. Hier einzusetzen, wäre Sache der landwirtschaftlichen Vertreter in diesem Hause, hier einzusetzen wäre Sache der landwirtschaftlichen Organisationen, anstatt stets und ständig das alte Klagelied über die Notlage der Landwirtschaft vorzutragen, ohne praktische Vorschläge, die wirklich helfen können, die Wirtschaft rationeller zu gestalten.

Dies möchte ich hier festgestellt haben, wenn man jetzt mit dem Antrag etwa draußen hausieren gehen und sagen wollte,

Abg. Maier.

dieser Antrag wird nun für die landwirtschaftliche Bevölkerung in Baden und für den Ertrag der landwirtschaftlichen Grundstücke eine Vermehrung und Verbesserung bedeuten, möchte ich warnen vor diesem Schluß, denn das wäre ein Trugschluß. Wirklich ein Mehrertrag kann nur herauskommen durch die von mir gezeichnete rationellere Betriebsweise und nicht durch die Art des Besitzes (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. **Büchner** (Zentr.):

Nur eine ganz kurze Bemerkung. Ich sehe einen Weg, der vielleicht leichter dazu führen würde, die allzu starke Parzellierung des Bodens zu verhindern. Ich will den Gedanken nicht ganz ausführen, sondern nur andeutungsweise geben, weil die Regierung aufgefordert werden soll, die Wege zu überlegen, die dazu führen. Ich sehe den Weg darin, daß man als Belastung auf den Boden möglichst nur Tilgungshypotheken zuläßt, sei es, daß man das zwangsweise macht, sei es, daß man die Sparkassen unterstützt, solche Hypotheken geben zu können. Diese Möglichkeit besteht zwar, aber sie wird wenig benützt. Es war vor dem Kriege so, daß der bäuerliche Grund und Boden belastet war mit 700 Millionen Hypothekenschulden, davon waren lediglich 40 Millionen Tilgungshypotheken. Die starke Parzellierung erfolgt bei der Erbteilung, beim Erbgang, weil die Bauern nicht genug Geld haben, die anderen Kinder, die nicht Bauern sind oder Bauer werden wollen, mit Geld abzufinden. Daher kommt die starke Parzellierung, weil auch diese Kinder einen Anteil haben an Grund und Boden und es kommt zu der starken Parzellierung noch die unglückliche Situation, daß der Boden in die Hand von Nichtbauern kommt: Denn nicht alle Kinder werden Bauern und dann müssen die andern, die Bauern diesen Boden wieder pachten. Wenn die Bauern beim Erbgang genug Geld hätten, würden sie die anderen Kinder abfinden können. Sie würden Geld haben, wenn der Boden unbelastet wäre. Bei Tilgungshypotheken, die in 30 Jahren zwangsläufig getilgt werden, hätte der Bauer die Möglichkeit, Geld aufzunehmen. Die Angelegenheit hat in allen Parlamenten schon gespielt. Auch im badischen Parlament in den 80er Jahren hat Freiherr von Hornstein in der I. Kammer eine Denkschrift vorgelegt, die bezweckt hat, daß der Grund und Boden der Landwirtschaft automatisch entschuldet werden solle und daß auch die Schäden, die mangels Geld durch die starke Parzellierung eintreten, ausgerottet werden. Die Denkschrift ist in der zweiten Kammer nicht weiter behandelt worden. Den Grund kenne ich nicht. Ich möchte die Bauersleute, die hier sind, bitten, diese Dinge zu überlegen, ob nicht auf diesem Wege viel mehr erreicht werden könnte, als auf dem, der bisher besprochen worden ist.

Abg. **Hertle** (Bürgerl. Ver.):

Mein Freund Zoller hat Ihnen, indem er die Frage vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtete, klipp und klar dargelegt, wie sich eigentlich der Landwirt zu diesem Antrag stellen muß: dasjenige, was er in dieser Beziehung ausgeführt hat, unterschreibe ich voll und ganz. Es liegen aber noch gewisse andere Momente vor, die er nicht erwähnt hat, die jedoch für mich hauptsächlich richtunggebend sind; es handelt sich im wesentlichen dabei um sozialpolitische Erwägungen, die auch im Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung eine Rolle gespielt haben. Mit Rücksicht darauf unterlasse ich es jetzt, nochmals näher auf das einzugehen, was ich damals schon ausgeführt habe.

Was den Antrag der Abg. Dr. Glockner u. Gen. betrifft, so werden wir (außer mir ein großer Teil meiner Freunde) die Ziffer 1 dieses Antrages ablehnen, während wir in unserer Fraktion der Ziffer 2 einstimmig zustimmen werden.

Nun liegt ein interfraktioneller Antrag vor, der hauptsächlich von Mitgliedern der Badischen Landwirtschaftskammer, die zugleich diesem Hause angehören, unterschrieben ist. Diese verlangen, daß anstelle von Ziffer I 1 des Antrags Dr. Glockner dieser neue Antrag gesetzt werden soll. Wenn ich nun diesen Antrag betrachte, so muß ich mir doch sagen, daß der in Wirklichkeit gar nichts sagt (Zuruf beim Zentrum: Sehr gut!). Er verlangt zum Beispiel auch u. a., daß erwogen werden solle, ob

> „gesetzliche oder sonstige Maßnahmen getroffen werden können, etwa durch Zulassung entsprechender bezirkspolizeilicher Vorschriften, für welche die vorherige Anhörung der Landwirtschaftskammer vorzuschreiben wäre."

Nun denken Sie sich einmal, was für ein buntscheckiges Bild sich in Baden in dieser Beziehung ergeben würde, wenn man eine Regelung durch „bezirkspolizeiliche Vorschrift" treffen wollte! Im einen Bezirk würde von 18 Ar ab geteilt werden — im anderen von 9 Ar ab! Eine solche Regelung ist meines Erachtens undenkbar. Entweder wir fassen einen Beschluß, daß 18 Ar zugrunde gelegt werden — oder aber wir beschließen, daß von 9 Ar ab geteilt wird.

Auf eines möchte ich noch hinweisen. Es handelt sich dabei um eine Tatsache, die uns von der Regierung im Rechtspflegeausschuß mitgeteilt worden ist: daß von allen deutschen Gliedstaaten nur Hessen und Württemberg ähnliche Gesetze haben. Dort ist die Grenze für die Teilung auf 10 Ar festgesetzt und bei uns auf 9 Ar; mithin kann man sagen, daß die Verhältnisse innerhalb der drei Nachbarstaaten so ziemlich parallel nebeneinander laufen. Andere Staaten dagegen haben überhaupt kein Gesetz, das Vorschriften über die Teilung von Grundstücken enthält.

Und nun möchte ich noch einen Punkt hervorheben, der für mich ganz besonders maßgebend ist. Wie würden sich denn die Verhältnisse gestalten, wenn ein ähnlicher Antrag Gesetz würde? Vorhin ist von „Zwangswirtschaft" gesprochen worden; vom demokratischen Redner wurde bestritten, daß eine solche vorliege. Aber (Zur demokratischen Fraktion gewendet:) in gewisser Beziehung, meine Herren, handelt es sich eben doch um eine Art von Zwangswirtschaft. Und wenn ich das Wort „Zwangswirtschaft" höre, da kann ich Ihnen sagen (Zurufe und Heiterkeit): da geht mir schon ein Seifensieder auf (erneute Heiterkeit). Ich möchte nicht die Verantwortung für einen derartigen Zustand auf mich nehmen und ich möchte nicht die Vorwürfe über mich ergehen lassen, die wir wegen eines solchen Gesetzes ganz sicherlich bekommen würden (Zuruf des Abg. Maier-Heidelberg).

Nun meinte der Herr Kollege Maier-Heidelberg, es werde in der Landwirtschaft nicht besser werden, solange man nicht die Grundstücke genossenschaftlich bewirtschafte. Ich weiß nicht, wie der Herr Kollege Maier-Heidelberg sich vorstellt, daß das gemacht werden solle; ich weiß nicht, wie er diese genossenschaftliche Bewirtschaftungsweise sich denkt. Ich möchte dem Herrn Kollegen Maier-Heidelberg nur den einen Rat geben — und ich glaube, daß die Mehrzahl meiner Berufskollegen draußen damit voll und ganz einverstanden wäre —, er möge dahin wirken. (Auf einen Zuruf des Abg. Maier-Heidelberg:) Sorgen Sie doch dafür, daß jeder Landwirt, ich will einmal sagen, in die Gehaltsklasse IX oder X eingestuft wird: dann können Sie den landwirtschaft-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Hertle.

lichen Besitz meinetwegen genossenschaftlich oder von Staatswegen bewirtschaften!

Also wie gesagt; ich und ein großer Teil meiner Freunde werden dem Ausschußantrag zustimmen.

Abg. Sack (Zentrum):

Ich habe nicht geglaubt, daß der Antrag der Demokraten, die untere Grenze für Grundstücksteilungen höher als bisher anzusetzen, im Plenum eine so ausgedehnte Diskussion hervorrufen werde, nachdem diese Frage doch bereits im Rechtspflegeausschuß ganz eingehend erörtert worden ist. Ich hatte mich darauf eingerichtet, daß es hier ohne Debatte oder doch wenigstens ohne eine lange Debatte gehe.

Nun zeigt sich aber auch hier im Plenum ein ganz ähnliches Bild wie schon im Ausschuß: es werden Ansichten für und wider laut, und jede von beiden Stellungnahmen hat Beachtliches für sich, enthält einen guten Kern, und doch kann deswegen — meines Erachtens — die Entscheidung nicht schwer fallen, bei dem Ausschußantrag zu verharren. Die meisten und die gewichtigsten Gründe sprechen dafür.

Ich möchte zunächst einmal, zur Klärung der Situation darauf aufmerksam machen, daß bei einem Teil der gehörten Darlegungen drei Begriffe ineinander überfließen, sich vermischen und verwischen.

Zunächst einmal der Begriff der Flurbereinigung, bei der es sich handelt um die Zusammenlegung der ganzen Gemarkung, dann um ihre planmäßige Neueinteilung und um die Erschließung dieser aufgeteilten Gemarkung durch eine größere Anzahl neu und zweckmäßig gezogener Wege. Es ist ganz klar, daß hierbei Grundstücke zusammengelegt und größer gestaltet werden können und auch tatsächlich werden; es ist weiter klar, daß hierbei auch tausend Anlässe zu Streitigkeiten ausgeräumt und Prozesse ausgeschaltet werden, weil eben jeder einen eigenen Weg zu seinem Grundstück bekommt, während er vorher häufig gezwungen war, über die Anliegergrundstücke, über die der Vorlieger oder die dahinterliegenden Grundstücke hinwegzufahren, wenn er sein Feld erreichen und bewirtschaften wollte. Hier wird der Flurzwang aufgehoben und alle die Nachteile verschwinden, welche mit ihm verknüpft sind.

Ein weiterer Begriff hat in dieser Debatte eine Rolle gespielt, derjenige der „vorteilhaftesten Lage". Der Präsident der früheren Landwirtschaftskammer, der ehemalige Kollege Gebhard, hat ja diesen Gedanken hier im Landtag nachdrücklich vertreten, als er von seiner Schwedenreise zurückkam; möglichst in der Nähe des Hofes sollen alle die Grundstücke liegen, die der Bauer zu bewirtschaften hat! Dem Kenner der Verhältnisse ist es ohne weiteres klar, daß es in Baden — und namentlich dort, wo es sich um geschlossene Ortschaften, um Haufendörfer, handelt — rein unmöglich ist, einen derartigen Gedanken durchzuführen (Abg. Seubert: Sehr richtig!). Man darf eben Regelungen und Einrichtungen, die irgendwo anders historisch geworden und auch angebracht sind, nicht ohne weiteres auf anders gelagerte heimische Verhältnisse übertragen.

Und nun will ich das dritte Moment nennen, das in dieser Debatte Bedeutung erlangt hat, — das zur Debatte steht: es ist die Frage der vorteilhaftesten Größe des Einzelgrundstückes; die Frage, ob das Mindestmaß eines Grundstückes 9 Ar sein soll oder die Mindestgröße auf 12, 15 oder 18 Ar festgesetzt werden soll. Wenn man sich diese letzte Frage und alles, was mit ihr zusammenhängt, vergegenwärtigt, dann wird einem mit einem Schlag klar, daß eigentlich die Frage, ob Großlandwirtschaft oder Kleinlandwirtschaft aufgerollt ist. Da gehen nun freilich die Meinungen weit auseinander. Baden ist das Gebiet der Kleinlandwirtschaft.

Es ist zuzugeben, daß unsere Landwirtschaft im allgemeinen Grundstücke von recht bescheidener Größe bewirtschaftet. Die Dinge liegen aber nicht gleich in allen Landesteilen. Will man nun einen Schritt vorwärts tun und zu einer besseren Regelung als der bisherigen kommen, dann muß man nach meiner Meinung zunächst einmal dazu gelangen, für gewisse heute bereits mehr oder weniger einheitliche Wirtschaftsgebiete (wie etwa für das Oberland, dann wieder für das Mittel- und Unterland) die Dinge verschieden zu regeln. Dabei verhehle ich mir nicht, daß in ein und demselben Landesteil, in einem Bezirk, zwischen zwei Nachbardörfern so verschiedene landwirtschaftliche und agrarsoziale Verhältnisse vorliegen können, daß Ausnahmen gemacht werden müssen. Das Schema würde hier als Härte wirken. Ich brauche wohl keine speziellen Beispiele anzuführen.

Bei der Beantwortung der Frage, ob und inwieweit eine Abweichung von der bisherigen Regelung notwendig oder gerechtfertigt ist und inwieweit sie auf die Dauer durchführbar sein wird, spielt auch die Frage des Erbganges eine Rolle. All die Debatten, die heute geführt worden sind, haben rein theoretischen Wert für all jene Landesteile, Gebiete und Gemarkungen, wo der geschlossene Hof in eine einzige Hand, ungeteilt in die Hand eines einzigen Erben übergeht. All diese Debatten, Erwägungen und Überlegungen scheiden aber auch als weitgehend belanglos für jene parzellierten Gemarkungen aus, in denen der parzellierte Besitz in eine Hand übergeht, also ungeteilt und ungeschmälert weiter vererbt wird. Die zur Debatte gestellte Frage spielt nur dort eine Rolle, wo der Parzellenbesitz aufgeteilt weitervererbt wird, wo er nicht in eine einzige Hand übergeht, sondern aus dem Bestreben einer möglichst gerechten und gleichmäßigen Verteilung auf alle erbberechtigten Kinder, in drei oder vier oder fünf Erblose aufgeteilt wird. Derartige Ortschaften und Gemarkungen, in denen dieser Erbmodus althergebracht ist, finden wir in den verschiedenen Landesteilen, finden wir in den verschiedensten Bezirken; ja, wir haben in einem und demselben Bezirk einen verschiedenen Erbgang.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß diese Art des Erbganges, eine, vielleicht auch die Hauptursache der Zersplitterung und der Verkleinerung der Grundstücke ist. Für eine eventuelle Beseitigung dieser Ursache ist der Gedanke der Abfindungshypothek, den mein Freund Büchner vorgetragen hat, von entscheidender Bedeutung. Wenn der Staat die besondere Möglichkeit schafft oder schaffen hilft, daß die Erbanteile künftighin statt in Grundstücksparzellen in Geld gegeben werden können, in Geld, das als Abfindungshypothek mit besonderen Vorzugsbedingungen ausgestattet ist, so kämen wir damit einen gewaltigen Schritt vorwärts.

Nun wurde im Zusammenhang mit den 9 Ar-Parzellen der Gedanke der Produktionsförderung wieder in den Vordergrund gerückt. Ich glaube indessen, daß bei der Betrachtung unseres Gegenstandes das Wort von der Produktionsförderung weniger angebracht ist als das Wort von der Produktionsverbilligung. Die Produktion wird, wie der Herr Kollege Maier richtig hervorgehoben hat, nicht dadurch gefördert, daß man die Grundstücke vergrößert, sondern dadurch, daß man die Bewirtschaftungsweise des Grundstücks verbessert; dadurch, daß dem Inhaber, dem Bewirtschafter des Grundstücks eine entsprechende Ausbildung sowohl in theoretischer wie in praktischer Hinsicht zuteil wird; eine Ausbildung, die sich der größere Bauer und Gutsbesitzer infolge seiner im allgemeinen größeren Kapitalkräftigkeit eher leisten kann als der kleine Bauer und Parzellenbesitzer. Auch bei der Bewirtschaftung der Grundstücke

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Sack.

selbst spielt die Kapitalarmut eine ausschlaggebende Rolle. Wenn es eben an Betriebskapital fehlt, dann nützen die schönsten theoretischen Erwägungen und Darlegungen nichts. Was nützt es, dem einzelnen zu sagen, er möge das Saatgut wechseln, er möge Kunstdünger unvermindert anwenden, wenn er es einfach nicht mehr leisten kann.

Dagegen kann durch die Parzellenvergrößerung eine gewisse Produktionsverbilligung, das gebe ich zu, wohl erreicht werden, da eben viel von der Zeit, die bisher darauf verwendet werden mußte, die Grundstücke zu erreichen, die bisher auf dem Weg zum Grundstück oder vom Grundstück liegen geblieben ist, erspart wird, wenn die Arbeitskraft und das Gespann an einer größeren Fläche angesetzt wird und dort längere Zeit ununterbrochen tätig sein kann. Je weiter vom Hof weg der Besitz liegt, desto größer ist der Verlust an Arbeitszeit und Arbeitskraft. Die Besitzzersplitterung verursacht höhere Ausgaben und setzt mehr Arbeitskräfte voraus. Das steht fest und kann zahlenmäßig belegt werden. Ich gehe darauf indessen nicht ein.

Nun hat der Herr Kollege Maier-Heidelberg die Bildung von Ackergenossenschaften, die gemeinsame Bewirtschaftung von zusammengelegten Flächen zur Verbilligung der Produktion empfohlen. Das ist ein Ziel, das theoretisch leichter als in Wirklichkeit zu erreichen ist. Ich will nicht von psychologischen Momenten sprechen, die hier mit ausschlaggebend mitsprechen. Ich möchte dafür in aller Kürze auf einige praktische Beispiele und Erfahrungen abheben, die nicht gerade zur Nachahmung aneifern. Ich möchte mit einem Satz erinnern an die italienischen Ackergenossenschaften und deren Erfolge, und — Rußland, das Sowjetrußland ist nach den ungünstigen Erfahrungen seiner kommunistischen Bodeneigentumsverhältnisse wieder zu einer privateigentumsweisen Bewirtschaftung zurückgekehrt. Doch will ich auch hier einräumen, daß man verschiedene Länder, verschiedene Charakterveranlagungen und ähnliches nicht ohne weiteres miteinander vergleichen darf. Aber solange bei uns in Deutschland nicht dementsprechende Erfahrungen vorliegen, wird es erlaubt sein, hinter derartige — ich will einmal sagen: exotische — Anpreisungen doch ein gewisses Fragezeichen zu setzen (Abg. Maier-Heidelberg zur Bürgerl. Vereinigung gewendet: Ein Fragezeichen, aber keine so unsinnigen Ausführungen, wie sie von dort drüben herkommen!).

Nun komme ich zu den Gesichtspunkten sozialer Art, die gegen die Zusammenlegung bzw. Parzellenvergrößerung sprechen. Bei der Frage der vergrößerten Parzellen muß man zunächst einmal Unterscheidungen nach den verschiedenen Gegenden treffen. Die Dinge sind hier lokal verschieden, sie liegen im Oberland ganz anders als im Unterland und im Mittelland. Und daraus ergibt sich die Ableitung, die ich vorhin bereits gemacht habe: Wenn man einen Schritt tun will, dann muß man ihn in der Weise tun, daß man zunächst landschaftsweise, regionenweise den Versuch einer verbesserten Regelung macht. Was im Oberland ohne weiteres anwendbar ist, kann im Unterland zur Härte werden. Die Dinge sind aber nicht nur nach Gegenden verschieden, sondern sie sind auch zeitlich verschieden zu beurteilen. Ich habe bereits im Ausschuß den Gedanken ausgesponnen: Wäre der vorliegende Antrag, der in seiner Tendenz und in seinem Kern zweifellos gute und beachtliche Antrag, einige Jahre vor dem Krieg, 1913 oder 1914, gekommen, so hätte man die Möglichkeit einer anderen Stellungnahme gehabt als heute, namentlich in den parzellierten kleinen landwirtschaftlichen Gebieten. Ich brauche nicht auszuführen, wie die Dinge vor dem Krieg und der Inflation lagen und wie sie heute liegen: daß dem Landwirt ebenso wie anderen Kreisen das Geld weggeschwommen ist, daß auch er arm geworden ist, daß er sich heute schwer tut — und das ist das soziale Moment, das hier mitspielt —, ein Grundstück zu erwerben. An sich gibt es Grundstücke von 9 Ar und darüber genug zu kaufen, aber das Geld fehlt. Wenn nun schon für den Ankauf von 9 Ar das Geld fehlt, so wird es noch viel mehr für 15 oder 18 Ar fehlen. Mit einer Parzellenvergrößerung erschweren Sie also dem kleinen Anfänger die Existenzerweiterung. Wenn Sie das aber schon tun, dann müssen Sie ihm mindestens den Weg eröffnen, in die Industrie abzuwandern. Ich glaube, wir vom badischen Frankenland dürfen hierauf besonders abheben; wir sind der Landesteil, dem in erster Linie der Menschenzuwachs von Mannheim zu verdanken ist. Wenn Mannheim vor etwa 100 Jahren vielleicht an die 30 000 Einwohner hatte und heute, ich will einmal sagen, 300 000 hat, so darf man da wohl, ohne befürchten zu müssen, widerlegt zu werden, aussprechen, daß der größere Teil dieser Menschen aus dem Hinterland angewandert ist (Sehr richtig!). Es mag absurd klingen, aber es wird wohl wahr sein, daß mehr „Hinterlander" in Mannheim leben als im „Hinterland" selbst. Besteht nun diese Abwanderungsmöglichkeit heute noch? Nein, nicht mehr in dem Maße wie früher. Wir hören darum den Ruf: Heraus aus den Städten und wieder mehr zurück auf das Land! So liegen die Dinge heute, auch industriell-wirtschaftlich betrachtet. Die Berufsumschichtungs- und die Abwanderungsmöglichkeit der Vorkriegszeit besteht nicht mehr. Gut, dann ermöglichen Sie wenigstens dem Anfänger auf dem Land einen bescheidenen Beginn, ein bescheidenes Auskommen auf dem Land, und machen Sie nicht noch weitere Tausende und Zehntausende arbeitslos und besitzlos und brotlos. Wir haben kein Interesse an einer Entwurzelung der Menschen, sondern an einer Verfestigung der Menschen in der Heimat, im deutschen Vaterland, in der deutschen Landwirtschaft oder in der heimischen Industrie.

Diese sozialen Momente, die ich eben für das flache Land einen Augenblick beleuchtet habe, sie spielen in der Nähe der Städte noch eine viel beachtlichere Rolle — und darauf wies ich ebenfalls bereits im Ausschuß nachdrücklich hin. In der Nähe der Stadt bedeuten 9 Ar viel mehr als draußen auf dem platten Land. Die Verwertungsmöglichkeiten der Erzeugnisse sind viel besser. Sind vollends Spezialkulturen möglich: Spargelbau, Gemüsebau, Tabakbau oder irgend ein anderer Spezialzweig der gärtnerischen Landwirtschaft, so liegen die Dinge noch besser. Beachten Sie dies Moment, bitte, im Interesse unserer kleinbäuerlichen Existenzen in der Nähe der Städte.

Und dann ein soziales Moment für die Arbeiterschaft: Der Arbeiter kann sich 9 Ar leichter erwerben als ein größeres Parzellenstück. Das liegt auf der Hand. Nehmen Sie doch der Arbeiterschaft in der Nähe der Städte, auch in den aufstrebenden Industriestädten des Oberlandes, nicht die Möglichkeit, sich auch noch einen kleinen Anteil am Grund und Boden zu sichern, ein kleines Grundstück für den Kartoffelbau, für den Gemüsebau, für die Versorgung seines Haushalts. Nehmen Sie der Arbeiterschaft diese Möglichkeit, die sozial außerordentlich wichtig ist, dann werden Sie in kritischen Zeiten, in Zeiten der Arbeitslosigkeit ein viel unruhigeres Element, ein viel unzufriedeneres Proletariat haben. Wenn ich Kommunist wäre, dann würde ich den Antrag der Demokraten nicht bekämpfen, sondern ich würde ihn unterstützen; dann würde ich es der Arbeiterschaft möglichst erschweren, sich ein Stückchen Land zu erwerben (Abg. Schreck: Auch ein Standpunkt!). Ja, das wäre ein Standpunkt, der in Ihr revolutionäres Pro-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Sack.

gramm passen würde, den wir aber bekämpfen müßten (Abg. Bock: Zentrumsagitationspolitik!). Nein, das, was ich erstrebe, ist ein Stück gesunder Konsolidierungsarbeit in Deutschland. Sie befürchten eben — ich will es offen aussprechen —, daß die Leute nicht mehr soviel Zeit zum Politisieren und zur Unzufriedenheit haben, wenn sie auf ihrem Stückchen Land draußen arbeiten. Wir haben ein Interesse daran, daß sie nicht unzufriedener, sondern daß sie zufriedener werden (Abg. Bock: Wir sind ja gar nicht für den demokratischen Antrag; da stimmt Ihre Logik nicht). Mit Ihrer Logik gehe ich sehr häufig auch nicht einig, Herr Bock (Zuruf von den Kommunisten: Weil bei Ihnen keine ist!). Ich streite mich mit Ihnen nicht herum. Ich habe es nicht nötig, mir das Patent für logisches Denken von den Kommunisten ausstellen zu lassen. Ich bitte Sie, unterbrechen Sie mich nicht weiterhin durch Zwischenrufe; wenn ich nur rede und Sie hören zu, dann herrscht die parlamentarische Ruhe (Heiterkeit).

Ich komme nun wieder zum eigentlichen Gegenstand zurück. Die Schwierigkeiten einer allgemeinen Regelung sind ungeheuer groß, und darum sind wir dem Antrag im Ausschuß bereits entgegengetreten und haben ihn abgelehnt, auch weil wir der Auffassung waren, der Antrag müsse unter den heute obwaltenden Zeitverhältnissen betrachtet werden.

Nun liegt ein ganz neuer Antrag vor, ein zweiter Versuch der demokratischen Fraktion oder, richtiger gesagt, ein mehr interfraktioneller Antrag, wie wohl das für mich keine große Beweiskraft besitzt (Heiterkeit), ein interfraktioneller Antrag, die Regierung zu ersuchen, sie möge prüfen, ob zur Verhütung weiterer Zerstückelung des landwirtschaftlichen Geländes nicht etwa durch die Zulassung entsprechender bezirkspolizeilicher Vorschriften Vorkehrung getroffen werden könne. Ja, gestatten Sie die naive Frage, hat die Regierung eigentlich nicht schon geprüft? Ich meine, sie hat sogar ausgiebig geprüft und eingehend Stellung genommen, und sie kam auf Grund ihrer Prüfung zu einer ablehnenden Haltung. Weil dieses Prüfungsergebnis nun aber der demokratischen Fraktion nicht zusagt und ihr landwirtschaftliches Ansehen etwas tangiert, darum soll die Regierung nun noch einmal prüfen (Zuruf des Abg. Dr. Glockner). Ja wohl, so liegen die Dinge! Ich bin der Auffassung, eine erneute Prüfung ist unnötig, die Regierung hat . . . (Abg. Schreck: Die Regierung will doch auch etwas zu tun haben!). Gewiß, die Regierung soll anscheinend auch etwas zu tun haben, und damit sie etwas mehr zu tun hat, deswegen sollen bezirkspolizeiliche Vorschriften erlassen werden. Und dann soll die Landwirtschaftskammer noch gehört werden. Kann die Landwirtschaftskammer diese Dinge überhaupt entscheidend mitbestimmen? Diese Frage möchte ich zunächst einmal aufwerfen. Die Landwirtschaftskammer in Karlsruhe hat wohl aus vielen Bezirken den einen oder anderen Vertreter, aber aus so manchen Bezirken hat sie auch überhaupt keinen Vertreter. Es wäre doch viel naturgemäßer, den zuständigen staatlichen Landwirtschaftsbeamten zu befragen. Ich bin überzeugt, daß er in Wirklichkeit auch gefragt wird, namentlich in brenzligen Fällen. Damit schaffen Sie eine neue Flut von Begutachtungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten; ein Stoß Gesuche um Ausnahmebewilligungen wandert auf das Bezirksamt, wird von dort dem landw. Fachbeamten zur Stellungnahme zugeleitet, wandert wieder auf das Bezirksamt zurück, vermehrt die Papierflut — und mit welchem praktischen Erfolg? Ausnahmen über Ausnahmen werden zugelassen werden müssen, vollends, wenn die sozialen Momente noch mitsprechen; unter Umständen muß sogar in derselben Ortschaft zweierlei Maß angelegt werden (Zuruf des Abg. Hertle: Dann hätte man die Bezirksämter nicht abzubauen brauchen!). Ja, seien Sie doch um die Mehrarbeit froh, Herr Kollege Hertle, dann werden Sie auch Ihr eigenes Bezirksamt Boxberg bald wieder haben (Heiterkeit).

Um zum Schluß zu kommen: Der ganze interfraktionelle Antrag, wie er vorliegt (Abg. Bock: Ist ein Begräbnis!) — ja, I. Klasse (Abg. Bock: Nein, nicht einmal!). Der Antrag ist nicht gehauen und ist nicht gestochen, er ist nicht Fisch und ist nicht Fleisch, er ist mit einem Wort ein Verlegenheitsantrag, ein verschleierter Rückzug (Abg. Bock: Aber das Zentrum hat ihn doch mit unterschrieben). Ein Teil meiner Fraktionsfreunde wird infolgedessen diesem verwaschenen Antrage gegenüber durch Stimmenthaltung oder aber durch ein entschiedenes Nein, durch die Ablehnung seine Meinung kundgeben.

Ich möchte zusammenfassend noch einmal sagen: Die Dinge werden ja nicht erst heute erwogen, sie sind bereits vor langen Jahren erwogen worden. Sie haben im Parlament zu früheren Zeiten schon in lebhaften Auseinandersetzungen eine Rolle gespielt; sie spielen auch heute noch draußen auf dem Lande eine lebhafte Rolle. Die Meinungen sind ganz verschieden, so verschieden wie die Auffassungen über den vorliegenden Antrag. Es ist ganz unmöglich, die Dinge generell zu behandeln, ganz besonders heute, auch im Hinblick auf die sozialen Momente, die wiederholt gestreift worden sind.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung wird geschlossen.

Auf das Schlußwort wird seitens des Berichterstatters verzichtet.

Das Schlußwort über den Abänderungsantrag erhält

Abg. Dr. Wolfhard (D. dem. P.):

Der Herr Kollege Sack hat eben den Antrag, der von verschiedenen Fraktionen gestellt worden ist, einen Verlegenheitsantrag genannt, ein Begräbnis erster Klasse, ein Antrag, der weder Fisch noch Fleisch ist. Aber auch er hat sowohl heute wie im Ausschuß erklärt, daß die Tendenz des Antrags eine durchaus gute ist. Es sollten Männer, die den Dingen viel näher stehen als ich, bei Bestrebungen auf diesem Gebiete Besserung zu schaffen, nicht mit solchen Worten, wie „Verlegenheitsantrag" und nicht mit „Agitationsantrag" operieren (Abg. Sack: Nicht Agitationsantrag, sondern Verlegenheitsantrag im Hinblick auf das Resultat des ersten Antrags). Herr Kollege Sack, Sie haben sich vorhin über die Zwischenrufe so erregt; ich könnte jetzt dasselbe sagen.

Ich bin der Meinung, daß, nachdem von den verschiedenen Fraktionen und von allen Rednern betont worden ist, daß die Zerstückelung in verschiedenen Gebieten unseres Landes eine derartig große ist, daß sie ein weiteres nicht ertragen kann, daß man es nicht verstehen kann, wie ein praktischer Landwirt, wie der Herr Kollege Hertle sagt, es würde durch unseren neuen Antrag eine derartige Buntscheckigkeit in Baden bezüglich der Teilung der Grundstücke erstehen, daß er es nicht begreifen könne.

Es ist auch eine gewisse Ängstlichkeit vor dem Worte „Bezirkspolizeiliche Vorschriften" ausgesprochen worden, die durchaus keine Berechtigung hat. Wir haben uns bemüht, zusammen mit den Sachverständigen der Landwirtschaftskammer, des Finanzministeriums und der Parteien einen Weg zu finden, auf dem diese Dinge geprüft werden sollen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Dr. Wolfhard.

Das Finanzministerium hat selbst erklärt, daß diese Grundstückszerstückelung ihm ein Gegenstand steter Sorge gewesen ist, und daß es dem Antrag durchaus sympathisch gegenübersteht. Ich glaube also, — selbst wenn innerhalb eines großen Amtsbezirks verschiedene Maße sich ergeben würden, daß die Sachverständigen der Landwirtschaftskammer den richtigen Weg finden und die nötigen Maßnahmen vorschreiben, und so zweifelsohne der gesunde Kern dieses Antrags in die Wirklichkeit umgesetzt würde.

Der Herr Kollege Maier-Heidelberg hat gesagt, er glaube nicht, daß das, was in diesem Antrag gewollt ist, — der auch von ihm unterschrieben ist — die jüngsten unter uns das noch erleben werden. Nun, ich will mit einer Gegenantwort dienen: Ich glaube noch weniger, daß der genossenschaftliche Betrieb, wie Kollege Maier ihn auseinandergesetzt hat, von dem allerjüngsten in unserem Kreise noch erlebt werden wird. Auch da sind durchaus gesunde Prinzipien vorhanden, aber das ist landschaftlich und örtlich durchaus verschieden geregelt. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Schweiz sind natürlich etwas ganz anderes, denn das, was an Grundstücken in den Gebieten der Täler und Berghänge der Schweiz vorhanden ist, erfordert natürlich einen wesensanderen Betrieb, der durchaus nicht möglich ist in den hochkultivierten Gebieten der Rheinebene (Zwischenruf des Abg. Maier-Heidelberg). Ich nehme an, daß niemand unseren Antrag als aus Agitationsgründen gestellt betrachten wird, der lediglich aus Sorge für die Landwirtschaft hervorgegangen ist. Daß mit dem neuen Antrag in Ziffer I, wenn er angenommen wird, Agitationsgeschäfte überhaupt nicht zu machen sind, das ergibt sich schon aus den Unterschriften von all den verschiedenen Fraktionen.

Es wird zuerst über den Abänderungsantrag der Abg. Dr. Glockner, Klaiber, Eggler, Weißhaupt, Dr. Mattes und Maier-Heidelberg abgestimmt.

Der Antrag, auf dessen nochmalige Verlesung verzichtet wird, wird mit 29 gegen 25 Stimmen angenommen.

Ziffer 2 des Antrags des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung:

> „Der Landtag ersucht die Regierung, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß Grundstückserwerbungen, die zum Zweck der Zusammenlegung (Vereinigung) mit einem anderen landwirtschaftlichen Grundstück erfolgen, von der Grunderwerbsteuer befreit werden, insoweit dies nach § 35 Ziff. 2 des früheren badischen Verkehrssteuergesetzes der Fall war."

wird einstimmig angenommen.

Zu Ziffer II 1 der Tagesordnung der 33. Sitzung auf:

Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfrage der Abg. Klaiber u. Gen., zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch betr. (Drucks. Nr. 102)

verliest der Präsident zunächst den Wortlaut der Förmlichen Anfrage:

> Ist der Badischen Regierung bekannt, daß ernsthafte Bestrebungen im Gange sind, das zollfreie Einfuhrkontingent von Gefrierfleisch zu erhöhen? Was gedenkt die Regierung zum Schutze der heimischen Viehzucht zu tun, deren Produkte heute wesentlich unter den Friedenspreisen liegen?

Zur Begründung dieser Förmlichen Anfrage erhält das Wort

Abg. Klaiber (Bürgerl. Ver.):

Wenn man heute durch unser Land fährt, kann sich das Auge nicht satt sehen an der Natur, wie sie sich heute zeigt (Zuruf rechts: Sehr richtig!) und es besteht die Hoffnung, wenn unser Herrgott uns gnädig ist, daß wir einem fruchtbaren Jahre entgegensehen (Sehr richtig! rechts). Das sollte eigentlich das Herz des Landmannes freudig stimmen, aber trotz allem drückt uns schwere Sorge und wenn man an die Zukunft denkt, kann man nicht fröhlich werden. Wer die Versammlung am Ostermontag in Oberrotweil mitgemacht hat, der mußte den Eindruck bekommen, daß in der Landwirtschaft schwere Sorge herrscht, und daß die Landwirtschaft endlich einmal etwas sehen möchte, wo sie wirklich sagen kann, man will ihr helfen. Wer die Tausende von Händen gesehen hat, die sich bei der Abstimmung erhoben haben für die Entschließung, der kam zu der Überzeugung, es ist der Landwirtschaft heute ernst und ich bedauere außerordentlich, daß die badische Regierung es nicht für nötig gehalten hat, in dieser großen Versammlung zu erscheinen und dort ein Wort zu reden, um auch den Landwirten zu zeigen, daß man für sie Interesse hat. Ich möchte der Regierung sagen, daß es heute nicht mehr genügt, wenn man bei derartigen Anlässen die bewaffnete Macht requiriert und zur Verfügung stellt, wenn etwas passiert, sondern daß es sich heute darum handelt, daß die Landwirtschaft endlich einmal Taten sehen will (Abg. Schreck: Man braucht einen Landwirtschaftsminister!). Das können Sie ja werden! (Schreck: Nein Sie! — Große Heiterkeit). Es wurde mir gesagt, daß die Gendarmerie mobilisiert worden sei und die Polizei in Bereitschaft stand. Eine Gefahr bestand aber nicht, denn das Finanzamt liegt nicht in Oberrotweil und zu Fuß nach Freiburg zu wandern, wäre zu weit gewesen. Ich will aber bei dieser Gelegenheit nicht mit dem Weinbau mich beschäftigen, nicht mit dem Tabakbau, nicht mit dem Getreidebau oder der Waldwirtschaft, sondern ich möchte mich dem wichtigsten Zweige der Landwirtschaft in Baden, der Viehwirtschaft zuwenden. In den gemischten Betrieben, wie wir sie in der Rheinebene haben, finden wir überall eine kleine Viehwirtschaft und der Stall dorten bildet immer eine gewisse Reserve, um in Notfällen dort etwas herauszuholen. Anders liegt die Sache in der Baar, im Schwarzwald und in der Bodenseegegend, dort wo reine Viehwirtschaft getrieben wird. Man kann wohl sagen, daß die Viehwirtschaft in den letzten Jahren bis auf 1 Jahr hin noch rentabel war, aber wer die Marktberichte verfolgt, der sieht, daß ein stetiges Sinken der Viehpreise zu verzeichnen ist und auch dem letzten Zweig der Landwirtschaft droht das gleiche Schicksal, wie dem Tabakbau, dem Weinbau usw. Wenn man die Berichte liest in den Schlachthöfen, sieht man einen Überstand, ein Überangebot und da muß es für den Landwirt das größte Interesse erregen, wenn er in seinen Fachschriften und Wochenschriften immer wieder lesen muß, es besteht die Gefahr und das Bestreben gewisser Kreise, daß die Kontingentierung der Einfuhr zollfreien Gefrierfleisches bedeutend erhöht oder verdoppelt werden soll. Wir haben — (auf Zuruf): ich kenne Ihre Stellung, Herr Abg. Heurich, Sie haben erklärt, wir lehnen Zölle auf Gefrierfleisch ab in einem Artikel des Badischen Beobachters. Ich will Sie nicht bekehren, aber ich kenne Ihre Stellung in der Frage. Wir haben eine Kontingentierung von 90 000 Tonnen Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch. Das liest sich sehr leicht, wenn man das aber in Zahlen umsetzt, bedeutet das nicht weniger als 1 800 000 Zentner = 360 000 Stück Vieh à 10 Zentner Lebendgewicht in

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Kraiber.

einem Wert zum heutigen Preis von 185 Millionen (Zuruf). Es hat sich nach dem letzten Bericht gezeigt, daß der Fleischverbrauch in Deutschland nahezu den Friedensverbrauch erreicht hat. Wer betreibt nun eigentlich diese Vermehrung des zollfreien Kontingents? wer will sie haben? — Antwort: Es ist vor allem der Handel mit Fleischkonserven und die Fleischkonservenindustrie. Würde wirklich das ganze nach Deutschland eingeführte Quantum an Fleisch dem Volke zugeführt, so daß diese auf solche Weise billigeres Fleisch erhielte, so wäre das zu verstehen und zu begrüßen; es wird jedoch behauptet, daß ein großer Teil des zollfrei eingeführten Fleisches in die Konservenfabriken wandert: von dort ab geht natürlich jede Kontrolle über den Verbrauch und den Preis dieses Fleisches verloren.

Vor allem also sind es diese Kreise, die eine Vermehrung des Kontingents verlangen.

Mit unserer Anfrage möchten wir deshalb erreichen, daß die badische Regierung sich energisch einer Erweiterung des Kontingents für zollfreie Einfuhr von Gefrierfeisch widersetzt und durch Eintreten in diesem Sinne bei den Verhandlungen von Handelsverträgen dafür sorge, daß der Zoll auf einzuführendes lebendes wie geschlachtetes Vieh nicht vermindert, sondern erhöht wird.

Schon anläßlich der Beratung über die Ausfallgarantie, die wir in bezug auf Rußland übernahmen, habe ich darauf hingewiesen, daß wir durch dieses Geschäft, das wir mit Rußland abschließen, in der Hauptsache die russische Landwirtschaft unterstützen; ich habe damals ausgeführt: Hätte man diese vielen Millionen, die den Russen geborgt werden, auf vier Jahre der deutschen Landwirtschaft gegeben, dann wäre jedenfalls die deutsche Landwirtschaft in der Lage gewesen, einen großen Teil derjenigen Maschinen zu übernehmen, die nunmehr nach Rußland geliefert werden sollen. Wie berechtigt mein Einspruch gegen diese Ausfallsgarantie war, habe ich damals unter Hinweis auf die Abmachungen gezeigt, die in bezug auf die Errichtung von Schlachthäusern usw. an der russischen Grenze zwischen Deutschland und Rußland bestehen. Ähnlich wie an dieser Grenze verhält es sich aber auch an der polnischen; in dieser Beziehung lese ich folgendes:

„Bau eines polnischen Schlachthofes an der deutschen Grenze. In Bentschen an der deutsch-polnischen Grenze wird der Bau eines großen mit Kühlanlagen versehenen Schlachthofes vorgenommen, der von der Firma „Frigor G. m. b. H." betrieben werden und den Zwecken des polnischen Fleischversands nach Deutschland dienen soll. Der Schlachthof wird im Besitz einer eigenen Eisenbahnzufahrtsstelle sein. Die Kühlräume werden auf die Einlagerung von 1000 Schweinen täglich berechnet" — usw.

In dem Moment, wo wir mit Polen wieder in normale Handelsbeziehungen treten, wird auch bei uns die Wirkung des ungeheueren polnischen Marktes einsetzen; dadurch wird dann auch unsere Viehwirtschaft der Gefahr ausgesetzt, auf den Weg gedrängt zu werden, den die anderen Zweige unserer Landwirtschaft gehen mußten. Ich habe mir über die Einfuhr von Vieh aus dem Schlachthof Karlsruhe Zahlen geben lassen; darnach wurden innerhalb neun Monaten des Jahres 1925 allein in Karlsruhe aus der Tschechoslowakei, aus Rumänien und Argentinien in lebendem Zustande 1600 Stück Rinder eingeführt, in geschlachtetem Zustand 451 Stück; an Kälbern wurden innerhalb der gleichen neun Monate aus Holland 854 Stück eingeführt, an Schweinen aus Polen 5854 Stück. Das Merkwürdigste bei diesen Zahlen ist, daß ungefähr seit einem halben Jahre die Grenzen geschlossen sind und daß die Einfuhr von lebendem Vieh aus dem Ausland nicht gestattet ist wegen Seuchengefahr. —

Bei den Mengen, die ich genannt habe, ist die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch nicht berücksichtigt; in Geld umgerechnet bedeuten diese Mengen folgende Beträge: Wenn ich die 1600 Stück Großvieh zu je 600 Mark rechne, so macht dieser Teil der Einfuhr allein für Karlsruhe 960 000 M. aus. 451 Stück Großvieh in geschlachtetem Zustand à 500 M. kommt einer Summe von 225 000 M. gleich; die 854 Kälber insgesamt stelle ich mit 100 000 M., die 5854 Schweine mit 878 000 M. in Rechnung. Summa: 2 163 000 M. Und diese Summe stellt den Wert von fremdem Vieh und Fleisch dar, das in jenen neun Monaten allein in den Karlsruher Schlachthof eingeführt worden ist. Wenn man den ganzen Landesverbrauch errechnen will, so darf man ruhig sagen, daß diese Summe verfünffacht werden kann und darf. Und nun müßte man sich fragen: Hat nun dadurch, daß infolge des Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche die Grenze gesperrt wurde, der Markt eine Verminderung erfahren? Sind dadurch vielleicht die Fleischpreise erhöht worden? — Die Frage muß durchaus verneint werden; denn ich habe den letzten amtlichen Marktbericht vor mir und dieser besagt folgendes:

„Karlsruhe. Tendenz des Marktes langsam; der Markt wurde nicht geräumt.

Mannheim. Mit Großvieh mittelmäßig geräumt, mit Kälbern ruhig, langsam, nicht ausverkauft; mit Schweinen ruhig; Überstand.

Freiburg. Tendenz schleppend; große Überstände bei Großvieh und Schweinen.

Stuttgart. Verlauf des Marktes mäßig.

Frankfurt. Marktverlauf: Rinder wurden bei ruhigem, und Kleinvieh bei regerem Handel verkauft; Schweine gedrücktes Geschäft und Überstand."

So ist heute die Lage auf den Viehhöfen — trotzdem die Grenze gesperrt ist! Logischerweise muß man also zu dem Schluß kommen: Wir sind in der Lage, unser Volk reichlich mit Fleisch zu versorgen. Ich gebe zu, daß in der großen Zahl der Erwerbslosen eine Tatsache gegeben ist, die den Fleischkonsum etwas vermindert hat; im allgemeinen zeigen die Zahlen aber doch, daß wir an den Friedensverbrauch herangekommen sind; bei einem so großen Fleischmarkt spielt die Zahl der Arbeitslosen doch keine Rolle mehr.

Ich möchte mit der Begründung meiner Anfrage zum Schluß kommen, indem ich sage: Die Regierung muß etwas tun; sie muß inbezug auf den Schutz unserer heimischen Produktion eine andere Stellung einnehmen, als sie bisher eingenommen hat. Ich bin gespannt, was die Regierung für eine Antwort auf meine Anfrage geben wird (Beifall rechts).

Zur Beantwortung der Förmlichen Anfrage erhält das Wort

Ministerialrat Rein:

Es ist nicht bekannt geworden, daß ernsthafte Bestrebungen im Gang seien, das zollfreie Einfuhrkontingent für Gefrierfleisch zu erhöhen (Ruf links: Sehr richtig!). Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat inzwischen im Reichstag erklärt, daß an eine Erhöhung des zollfreien Einfuhrkontingents nicht gedacht werde (Ruf links: Kein Mensch hat daran gedacht!). Die entgegengesetzte Annahme mag vielleicht dadurch veranlaßt sein, daß nach genauer Feststellung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Ministerialrat Rein.

die Einfuhr im Jahre 1924, die der Einfuhr für die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis 30. September 1926 zugrunde zu legen ist, 102 000 Tonnen betragen hat, während man seither das Jahreseinfuhrkontingent mit 90 000 Tonnen berechnet hatte.

Präsident Dr. Baumgartner:

An die Beantwortung der Förmlichen Anfrage kann sich eine Besprechung anschließen, wenn dies von mindestens sieben Abgeordneten verlangt wird. Ich stelle also die Frage, ob eine solche Besprechung von mindestens sieben Abgeordneten gewünscht wird, und ich bitte, sich zu erheben. — Es scheint das der Fall zu sein.

Die Besprechung wird eröffnet.

Abg. Frau Fischer-Karlsruhe (Sozdem.):

Wenn wir die Förmliche Anfrage des Herrn Abg. Klaiber einer Betrachtung unterziehen, so müssen wir im Gegensatz dazu kommen, zu sagen, daß der gegenwärtige Stand der Fleischversorgung unserer Bevölkerung eine umfangreiche Einfuhr von Gefrierfleisch erfordert: Dieser Tatsache und dieser Forderung sollte sich nach meiner Ansicht auch die Landwirtschaft nicht verschließen. Die Landwirtschaft führt ja schon seit Jahren den Kampf gegen die Einfuhr von Fleisch und Vieh, und wie wir eben gehört haben, ist der Herr Abg. Klaiber und mit ihm seine Interessenten der Meinung, Deutschland würde die Bevölkerung ausreichend mit Fleisch versorgen können. Es ist aber schon längst erwiesen, daß das nicht zutrifft. Nun ist es ja begreiflich, daß die Landwirtschaft, die ebenso wie andere Kreise schwer zu kämpfen hat unter den Wirkungen des Kriegs und der Inflation, diese Wirkungen auszugleichen versucht; und so hat sie das Bestreben, die Einfuhr von Gefrierfleisch abzudrosseln. Wir wissen ja, daß sie von der Regierung verlangt, auf dem Wege der Zoll- und Seuchengesetzgebung der Landwirtschaft zu Hilfe zu kommen. Ich glaube aber, daß mit solchen Maßnahmen die Viehzucht in Deutschland nicht gefördert werden würde; wohl aber würden diese Bestrebungen geeignet sein, die Fleischversorgung der Bevölkerung aufs schwerste zu gefährden. Darum bin ich der Ansicht, daß Maßnahmen, wie sie der Herr Abg. Klaiber und seine Interessenten verlangen, verhütet werden müssen. Wenn kein zollfreies Gefrierfleisch mehr herein darf, dann bedeutet das für die einheimische Viehzucht keine Förderung, wohl aber bringt es der konsumierenden Bevölkerung große Nachteile. Es mag ja sein, daß sich die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht so in die Verhältnisse der Stadtbevölkerung hineindenken kann. Wir aber von der Stadt wissen, daß bei einer Einschränkung der zollfreien Einfuhr des Gefrierfleisches die zur Verfügung stehende Fleischmenge verkleinert würde, was zur Folge hätte, daß der Fleischpreis ganz erheblich erhöht würde.

Und dann ist die Frage der Fleischeinfuhr doch auch vom Standpunkt des Volksganzen aus zu betrachten, und nicht nur vom Standpunkt der viehhaltenden Landwirte, die ja in Deutschland nur ⅙ der Gesamtbevölkerung ausmachen. Wir wissen, daß die viehhaltende Bevölkerung in Deutschland, die Landwirtschaft, nicht in der Lage ist, die Bevölkerung ausreichend mit einheimischem Fleisch zu versorgen. Wir haben das doch schon in der Kriegszeit erlebt, und es ist erwiesen, daß Deutschland sich nicht selbst ernähren kann und leider immer wieder auf den Bezug von Nahrungsmitteln aus dem Ausland angewiesen ist. Wir würden ja alle sicher sehr froh sein, wenn es unserer Landwirtschaft möglich wäre, so viel Fleisch und andere Produkte zu liefern daß wir uns ganz von den einheimischen Nahrungsmitteln ernähren könnten (Abg. Klaiber: Da ist es Ihnen nicht ernst darum!). Sie können das Gegenteil nicht beweisen, daß meine Ausführungen nicht ernst gemeint sind.

Nun ist aber in Deutschland der Fleischkonsum in den letzten Jahren in erschrecklicher Weise zurückgegangen, was auch gesundheitliche Schäden mit sich bringt; denn gerade die Bevölkerung in der Stadt, die heute infolge ihrer Arbeit eine ganz andere Lebensweise führen muß, ist mehr auf den Fleischkonsum angewiesen, und wenn sie ihn eindämmen muß, dann werden gesundheitliche Schäden nicht ausbleiben. Die maßgebenden Ernährungsphysiologen Rubner und Voit haben ja erklärt, daß der Mindestkonsum an Fleisch für eine Person 70 kg betragen soll. In Wirklichkeit sind wir aber davon noch weit entfernt; denn 1923 kamen im Durchschnitt nur 21½ kg Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung und jetzt beträgt die Durchschnittszahl in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung nur höchstens 44,3 kg im Jahr (Abg. Klaiber: Und im Frieden?). Die Friedenszahl haben wir leider noch nicht erreicht. Im Frieden hat die Durchschnittszahl 58 kg betragen (Zurufe: 47! 52!). Wenn sie im Frieden nur 52 betragen hat, — soviel werden es gewesen sein —, so ist damit eben auch der Nachweis erbracht, daß das deutsche Volk schon vor dem Krieg zu wenig Fleisch konsumieren konnte, zu einer Zeit, wo in Amerika die Bevölkerung schon 70 kg Fleisch genießen konnte, während dort heute auf den Kopf der Bevölkerung sogar 83½ kg entfallen. Wenn nun aber in Deutschland seit 1912 ein Rückgang des Fleischverbrauchs zu verzeichnen ist, so ist das gerade bei unserer Bevölkerung, die während des Krieges so außerordentlich gehungert hat, sehr zu bedauern, und wir sollten alle Anstrengungen machen, daß die wichtigsten Nahrungsmittel den Konsumenten zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt werden können. Nun wissen wir aber, daß nicht nur der Fleischkonsum, sondern auch der Konsum an den übrigen tierischen Erzeugnissen, einschließlich der Fische, die eine Ergänzung der Fleischnahrung bilden, zurückgeangen ist.

Ich will Sie heute nicht mit vielen Zahlen aufhalten, aber ich möchte doch erwähnen, daß Fische 16,22 %, Milch, Butter, Käse 56,45 %, Eier 98,02 % weniger verbraucht werden, und zwar deswegen, weil die Bevölkerung kein Geld mehr dafür hat. Es ist nicht mehr, wie während des Krieges, daß diese Nahrungsmittel nicht vorhanden wären, sondern es fehlt eben die Kaufkraft. Angesichts dieser Zustände kann eine Einschränkung und gar Abdrosselung der Einfuhr von Gefrierfleisch nicht stattfinden, ohne daß die Bevölkerung in der Ernährung aufs schwerste geschädigt wird. Solange unsere Landwirtschaft nicht aus eigener Produktion den tatsächlichen Bedarf voll und ganz zu befriedigen vermag, sollte sie sich auch nicht gegen diese Einfuhr stemmen. Nach der Viehzählung in Deutschland ist doch auch ein Rückgang in der Viehzucht zu verzeichnen, und zwar von 66,7 %. Damit ist doch erwiesen, daß keine Möglichkeit der ausreichenden Versorgung vorhanden ist. In Anbetracht eines in Erscheinung tretenden Tiefstandes unserer deutschen Fleischproduktion gegenüber der zwingenden Notwendigkeit des Fleischkonsums müßte dieselbe auf mehr als das Doppelte in Deutschland erhöht werden, und selbst wenn wir alle Mittel, die uns zur Verfügung stehen, anwenden würden, so wären wir doch nicht in der Lage, unseren Viehstand so zu vermehren, daß die konsumierende Bevölkerung ausreichend mit Fleisch versorgt werden könnte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Frau Fischer.

Wir Sozialdemokraten anerkennen die Bestrebungen der Landwirtschaft, die einheimische Produktion und die einheimische Viehzucht zu heben, und wir waren immer bereit, bei ihrer Förderung mitzuhelfen. Es sollte dazu übergegangen werden, brachliegende Ödländereien zu fruchtbarem Land zu gestalten, z. B. zu Viehweiden. Darauf könnten dann große Viehherden gehalten werden. Wir haben ja gegenwärtig so viele Arbeitslose, die gerne bereit wären, diese Ödländereien zu meliorisieren. Auf diese Weise könnte, glaube ich, die Viehzucht gefördert werden, wenn sich auch die Wirkung eines so geschaffenen fruchtbaren Bodens in Form des Ertrags nicht schon in den nächsten Jahren, sondern vielleicht erst in einem Jahrzehnt zeigen würde, so wären doch die dazu aufzuwendenden Mittel nutzbringend angelegt.

Vorerst ist natürlich Hilfe der Viehzucht und die gesamte Fleischleistung abhängig von einer besseren Versorgung mit Kraftfuttermitteln, vor allen Dingen sind es Kraftfuttermittel, die wir leider zum großen Teil auch wieder vom Auslande beziehen müssen. Die Einfuhr von Kraftfuttermitteln, überhaupt von Futtermitteln, ist ja in den letzten Jahren geringer geworden, weil natürlich auch die Landwirtschaft nicht die Mittel hat, — das muß zugegeben werden — um genügend Kraftfuttermittel aus dem Auslande zu beziehen. Aber bei der Umstellung der Gefrierfleischeinfuhr in Futtermitteleinfuhr würde doch eine wesentliche Verteuerung in der Fleischversorgung Deutschlands eintreten, und zwar würde die Verteuerung 10 bezw. 17,5 % betragen, und das müssen wir natürlich auch mit berücksichtigen. Nun ist ja erwiesen, daß die Futtermitteleinfuhr teurer ist, als die Fleischeinfuhr, und deshalb müssen wir in Deutschland immer wieder Fleisch vom Auslande hereinführen. Wir dürfen auch nicht außer acht lassen, daß wir das aus den Futtermitteln erzeugte Fleisch mit höheren Preisen bezahlen müßten, und da wirft sich die Frage auf, ob unsere durch die Wirtschaftskrise in so große Notlage geratene Bevölkerung überhaupt in der Lage wäre, diese höheren Preise zu bezahlen. Wenn wir diese verschiedenen Preise kennen, dann wissen wir, daß wir dazu nicht in der Lage sind, und daß deshalb diese Frage in verneinendem Sinne beantwortet werden muß.

Dann ist aber auch der Bezug, die Einfuhr von Gefrierfleisch unter Umständen günstiger, weil sie bei Stockungen in der Fleischversorgung ausgleichend wirken wird und kann.

Bei unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage sind große Schichten der Bevölkerung in eine schwere Notlage geraten, und auch diejenigen, die noch in der Arbeit stehen, befinden sich in ihren Einkommen heute weit hinter den Friedensverhältnissen, und gerade aus diesem Grunde, und schon im Interesse unserer Volksgesundheit und Volkserhaltung darf eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten — die gegenüber der Vorkriegszeit schon um 25% gestiegen ist — nicht in noch weiterem Maße eintreten. Es kann ja heute von niemand abgestritten werden, daß jetzt noch weite Kreise unseres Volkes sehr unterernährt sind. Wir dürfen ja nur die gegenwärtige Ausstellung, die hier in der Stadt Karlsruhe in dieser Woche stattfindet, besichtigen, dann finden wir, wie verheerend gerade die Unterernährung auf die Volksgesundheit gewirkt hat und wie hier alles getan werden muß, damit die Volkskraft und die Volksgesundheit gehoben werden kann und erhalten wird.

Deshalb muß ich sagen, die Landwirtschaft sollte nicht das Bestreben haben, die Einfuhr von Auslandsfleisch einzuschränken, sondern sie sollte vielmehr danach trachten, daß in Deutschland Zollfreiheit, Steuervergünstigung, Herabsetzung der Frachten und dann namentlich auch Herabsetzung der Fleischbeschaugebühren durchgeführt werden könnte, um so eine Verbilligung des Inlandsfleisches und des vom Ausland eingeführten Fleisches herbeizuführen. Denn eine Verbilligung der Lebensmittelpreise ist die fundamentalste Voraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Volkskraft.

Wir Sozialdemokraten stehen ja auch auf dem Standpunkt, daß wir unsere ganze landwirtschaftliche Produktion steigern müssen. Es ist der gute Wille der Landwirtschaft, dieses Ziel zu erreichen, durchaus anzuerkennen. Aber ich glaube, daß zur Erreichung dieses Zieles die Landwirtschaft wird dazu übergehen müssen, ihre Produktionsmittel besser auszunützen und namentlich die technischen Fortschritte in der Landwirtschaft nutzbar zu machen, um so neben der Hebung zugleich auch eine Verbilligung der Produktion herbeizuführen.

Ich möchte darum zu dem Schlusse kommen, daß wir alle die Hoffnung und den Wunsch hegen, daß Deutschland in seiner ganzen Wirtschaft, auch in der Landwirtschaft, hochkommen muß, wenn wir überhaupt konkurrenzfähig bleiben wollen. Daß wir aber die Förmliche Anfrage des Herrn Abg. Klaiber, daß eventl. die Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch unterbunden werden solle, nicht berücksichtigen können, geht schon daraus hervor, daß wir ohne Einfuhr von Gefrierfleisch, die ungefähr 7 % der Fleischversorgung beträgt, die ärmsten Bevölkerungsschichten auf das Schwerste schädigen würden. Denn durch den Wegfall des um 39 % billigeren Gefrierfleisches würden ja gerade die unteren Volksschichten die Leidtragenden sein. Die gesamte Kaufkraft in Deutschland ist gesunken, und dem muß Rechnung getragen werden. Hoffen wir aber, daß unsere Landwirtschaft in den nächsten Jahrzehnten so weit sein wird, daß sie uns mit billigerem Fleisch ausreichend versorgen kann, und daß wir in diesem wichtigen Punkte nicht mehr auf das Ausland angewiesen sind (Beifall).

Während dieser Ausführungen hat I. Vizepräsident Maier den Vorsitz übernommen.

Abg. Weißhaupt (Zentr.):

Der Herr Kollege Klaiber hat die Begründung seiner Gefrierfleischinterpellation eingeleitet mit der großen Winzerversammlung in Oberrotweil am Ostermontag. Ich will ihm auf diesem Wege nicht folgen, sondern bei dieser Gelegenheit nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß diese Versammlung auch auf den Herrn Abg. Klaiber einen so großen Eindruck gemacht hat. Das freut mich um so mehr, weil diese Veranstaltung von einer Organisation ins Leben gerufen worden ist, die dem Bauernverein jedenfalls näher steht als dem Herrn Klaiber (Abg. Klaiber: Machen Sie doch keine Reklame für den Bauernverein! — Abg. Dr. Schofer: Was haben Sie denn gemacht! — Weitere Zwischenrufe und Gegenrufe. — Vizepräsident Maier: Das Wort hat der Herr Abg. Weißhaupt. — Zuruf von den Sozialdemokraten: Konkurrenzneid!).

Ich freue mich, daß es Ihnen so gut gefallen hat (Zwischenruf des Abg. Klaiber; Vizepräsident Maier: Herr Klaiber hat nachher das Schlußwort!).

Wir haben uns vor 14 Tagen hier an diesem Platze über die allgemeine Notlage der Landwirtschaft anläßlich der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer unterhalten, und es ist dort ausdrücklich zum Ausdrucke gekommen, wie die Verhältnisse sind, und zwar nicht nur auf dem Gebiete des Weinbaues und der Kreditwirtschaft, sondern auch in allen anderen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Weißhaupt.

Zweigen der Landwirtschaft. Aber auch dort ist gesagt worden, daß in der letzten Zeit insbesondere die Viehhaltung, die Viehzucht noch der einzige Zweig in der Landwirtschaft sei, der sich einigermaßen hat halten können und daß derjenige Landwirt, der in seinem Viehstall ordentlich bestellt ist, der noch einen ordentlichen Schweinebestand hat, jederzeit in der Lage ist, aus irgend einem Verkauf sich Geld zu beschaffen, der sich trotz der schwierigsten Verhältnisse noch immerwährend hat über Wasser halten können, namentlich besser als diejenigen Landwirte, die in der Hauptsache Weinbau, Tabakbau, Getreidebau betrieben haben, und bei denen demzufolge nur ein schwacher Viehbestand vorhanden war. Ich habe auch dort ausgeführt, daß zurzeit die Einfuhr von Gefrierfleisch unsere heimische Viehzucht unwirtschaftlich und unrentabel zu machen droht.

Ich habe insbesondere darauf hingewiesen, daß es der Großhandel und die einzelnen Großstädte sind, die bei der Reichsregierung vorstellig werden, insbesondere die Kontingente für Einfuhr an Gefrierfleisch zu erhöhen. Diese Kontingente sind überschritten worden. 90 000 Tonnen sollten hereinkommen, es sind aber über 100 000 Tonnen eingeführt worden, nicht nur Gefrierfleisch, sondern auch lebendes Vieh, das unter gleichen Bedingungen hereinkommt, und man hat von Monat zu Monat gespürt, daß durch den Druck der begünstigten Einfuhr von Gefrierfleisch die Preise für Vieh und Schweine zurückgegangen sind. Es wäre bedauerlich, wenn der Preisdruck anhalten würde. Insbesondere für uns in Baden ist die Viehzucht von besonderer Bedeutung nicht nur einzig und allein wegen der Viehhaltung, sondern insbesondere wegen unserer Zucht in Oberbaden mit bezug auf den Export von Zuchtvieh. Wenn die ganze Viehhaltung notleidet, wird es keinem Menschen einfallen, hochwertiges Zuchtvieh zu kaufen, wenn die Viehwirtschaft unrentabel ist.

Es ist nach unserem Dafürhalten, nach den Begriffen in der Landwirtschaft, so wie so die Gefrierfleischeinfuhr viel zu stark begünstigt, so daß Begünstigungen nach allen Seiten stattfinden bezüglich der Zollfreiheit, insbesondere aber in gesundheits- und veterinärpolizeilicher Hinsicht. Ich glaube, man sollte verlangen dürfen, daß für Genußmittel, die aus dem Ausland eingeführt werden, die gleichen Gesundheits- und veterinärpolizeilichen Vorschriften müßten in Anwendung gebracht werden. Meine Vorrednerin, Frau Fischer, hat, wenn ich richtig verstanden habe, gesagt, daß in dem letzten Jahre der Verbrauch an Fleisch zurückgegangen sei auf den Kopf der Bevölkerung. Nach einer Mitteilung vom 9. März 1926 aus Berlin betrug der Verbrauch pro Kopf im Jahre 1923 28,9 Kilogramm, dagegen ist im Jahre 1925 der Konsum pro Kopf der Bevölkerung auf 46,4 Kilogramm gestiegen. Im Jahre 1913 betrug er 52,8 Kilogramm, also haben wir nur einen Unterschied von 6,4 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung (Abg. Frau Fischer: Es ist immer noch nicht der Bedarf von 70 Kilogramm pro Jahr). Das ist kein Unterschied mehr und wenn unsere Viehzucht rentabel bleibt, wären wir in kurzer Zeit, in 1—2 Jahren in der Lage, den gesamten Bedarf zu decken. Wenn man rechnet, wir haben nicht einmal im Jahre 1923, wo unser Bedarf pro Kopf der Bevölkerung nur 28,9 Kilogramm war, den Mehrbedarf decken können, als jetzt, wo der Verbrauch auf 46,4 Kilogramm gestiegen ist. Wenn Sie die Zahlen der Viehzählung sich vergegenwärtigen, werden Sie sehen, wie unsere Vieh- und Schweinebestände gestiegen sind. Insbesondere den Viehbestand muß man nach zwei Richtungen betrachten, einmal der Zahl nach und dann dem Gewichte nach. Die Nachweisungen über die Gewichtszunahmen sind ganz kolossal, wenn es nur einen Zentner bei einem Stück ausmacht, macht es im gesamten Hunderttausende von Zentnern aus und ich bin überzeugt, wenn nicht irgendwelche Schicksalsschläge hereinbrechen, daß wir im nächsten Jahre dann in der Lage sind, den gesamten Bedarf an Fleisch im Inland decken zu können. Demzufolge glaube ich, ist der Wunsch aus Kreisen der Landwirtschaft und hauptsächlich aus den Kreisen der viehzüchtenden Landwirte vollauf berechtigt, wenn sie sagen, unsere Viehwirtschaft bedarf eines gründlichen Schutzes mit Zoll für Gefrierfleisch und für Auslandsvieh und Auslandsschweine, und insbesondere müssen die veterinärpolizeilichen Vorschriften in schärfster Weise ausgebaut und gehandhabt werden.

Nun hat die Frau Abg. Fischer gemeint, die Sozialdemokratie sei für die Förderung der Landwirtschaft eingetreten. Das muß anerkannt werden, daß bei jeder Gelegenheit insbesondere wenn es sich um die Genehmigung zur Verwendung von Staatsmitteln für die Landwirtschaft gehandelt hat, meines Wissens die Sozialdemokratie, seit sie dem Staatsvoranschlag zugestimmt hat, für die Genehmigung dieser Mittel eingetreten ist. Frau Fischer hat gemeint, man könnte verschiedene Ödländereien zu Weiden herrichten durch Meliorationen usw. Ich gebe zu, daß auf dem Gebiete viel geleistet werden kann. Ich glaube aber, das wird sich von selbst geben, ich bin überzeugt, daß unsere Landwirtschaft den letzten Quadratmeter Fläche rationell bewirtschaftet in dem Moment, wo die Landwirtschaft rentabel ist, was sie zurzeit nicht ist, daher die Verschuldung in der Landwirtschaft. Helfen Sie mit, daß unsere ganzen Betriebe und insbesondere die Viehwirtschaft rentabel sein wird, dann werden Sie sehen, daß staatliche Maßnahmen nicht gebraucht werden auf dem Gebiete, daß, soweit es in der Kraft der Landwirtschaft steht, von seiten der Landwirtschaft alles das getan wird, was sie sich wünscht zur Verbesserung, Hebung und Förderung der landwirtschaftlichen Produktion.

Das ist der einzige Weg, den wir gehen können, die Landwirtschaft kaufkräftig zu machen, das wird sie nur dadurch, wenn ihre Produktion rentabel ist und dann wird der Innenmarkt gestärkt und — das ist auch in der Landwirtschaftskammer gesagt worden — dann werden wir über die traurigen wirtschaftlichen Zustände hinwegkommen. Ich habe dort ausgeführt: die gesamte Produktion in Deutschland, in Landwirtschaft und Industrie, hat in der Friedenszeit pro Jahr 19 Milliarden betragen, davon der Innenverbrauch 14 Milliarden und davon allein hat die Landwirtschaft für 7 Millarden für sich gebraucht und gekauft auf dem Markte von Industrie und Handel und, wenn die Landwirtschaft heute wieder in der Lage wäre, kaufkräftig zu sein, wäre sie für so und soviel Milliarden und mehr Abnehmer, weil die Vorräte, die man in früherer Zeit hatte, nicht vorhanden sind, im Gegenteil, es ist eine große Not vorhanden. Helfen Sie also mit, dann wird der Inlandmarkt gestärkt werden.

Wir haben vor nicht langer Zeit im Haushaltsausschuß Gelegenheit gehabt, von einem Vertreter der sozialdemokratischen Partei zu hören, das Ausland habe sich mit Zollmauern umgeben, deswegen liege die Industrie darnieder. Wenn wir einsehen, daß das Ausland sich schützt vor der Einfuhr von deutschen Industrieprodukten, kann für uns keine andere Verpflichtung erwachsen, als den Weg zu gehen, der uns durch die Lage geboten ist, den Inlandmarkt zu stärken. Dann ist es möglich, einen Teil von dem, was in das Ausland ausgeführt worden ist, aus dem Inlandsmarkt aufzunehmen. Ich habe in der Landwirtschaftskammer gesagt, man spricht zurzeit so viel von dem Ankurbeln der Wirtschaft; wenn man die Wirtschaft ankurbeln will, muß man schauen, welches Rad zuerst ange-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Weißhaupt.

kurbelt werden muß, damit die Maschine im Gang bleibt und dieses Rad steht nach unserer Meinung nicht im Fabrikhof, das steht draußen auf weiter Flur (Beifall).

Minister des Innern Remmele:

Eine Beschwerde des Herrn Abg. Klaiber nötigt mich, das Wort zu ergreifen. Weil die Regierung keinen Vertreter bei der Winzerversammlung in Oberrotweil hatte, beklagte sich der Herr Abg. Klaiber bereits in der Versammlung der Landwirtschaftskammer. Damals hat Herr Ministerialrat Rein.... (Zuruf des Abg. Klaiber: Das ist ein Irrtum, ich habe mich nicht beklagt!). Nun da will ich mich verbessern; dieselbe Beschwerde ist in der Landwirtschaftskammer damals vorgetragen worden. Herr Ministerialrat Rein hat die Antwort darauf gegeben und ich durfte annehmen, daß damit der Sachverhalt klargestellt gewesen wäre und eine Wiederholung dieser Beschwerde nicht als opportun erschien. Wenn die Regierung bei einer Versammlung nicht vertreten ist, läßt sich daraus kein Schluß ziehen, darüber ob sie etwa für die in Frage stehende Materie kein Interesse bekunden wolle. Der Konsequenzen wegen aber kann die Regierung unmöglich auf große Demonstrationsversammlungen Vertretungen schicken — zumal, wenn diese unter freiem Himmel stattfinden und gar keinen Resonanzboden abgeben können, etwa auch die Meinung der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Eine solche Vertretung könnte lediglich den Zweck haben, sich über dasjenige zu orientieren, was vorgeht: Letzteres braucht aber nicht dadurch zu geschehen, daß ein Landrat oder ein Vertreter des Ministeriums selbst erscheint.

Ganz allgemein will ich der Beschwerde gegenüber sagen, daß es hier sich nicht etwa um eine besondere oder unsererseits ausnahmsweise eingeschlagene Stellungnahme handelt, sondern daß die Regierung sich in all' solchen Fällen gleichartig verhält, gleichgültig, um welche Versammlungen und um welche Organisationen es sich handelt. Wir können unmöglich so weit gehen, auch dann Vertreter zu entsenden, wenn diese etwa der Gefahr ausgesetzt sind, irgendwie nicht so behandelt zu werden, wie das erforderlich ist; Vorgänge dieser Art liegen vor: näher auf sie einzugehen, habe ich keine Veranlassung (Ruf: Wo?). Nicht in Baden — obwohl auch in Baden bei anderer Gelegenheit! Es kommt mitunter vor, daß der Vertreter der Regierung dann, wenn der Minister nicht selbst erscheint, von seiten der Versammlung eine Behandlung erfährt, die nicht gerade angenehm ist (Ruf rechts: Aber nicht bei den Landwirten!). Es war einmal eine Hausbesitzerversammlung in Konstanz — sie liegt noch gar nicht so sehr weit zurück —, bei welcher die Mitteilung des Vertreters, der Minister könne leider nicht kommen, derart beantwortet wurde, daß in den nächsten Jahren eine Vertretung des Ministers nicht mehr erscheinen wird (Zuruf vom Zentrum: Hört, hört!).

(Zur Rechten gewendet:) Also, wir haben abzuwägen, was im einzelnen Falle praktisch ist — womit wir keineswegs in bezug auf eine Sache pro oder contra Stellung nehmen; sondern selbstverständlich erachten wir nach wie vor für uns die Pflicht als vorliegend, uns um die Materie zu bekümmern. Daß wir das in der Frage der Winzernot getan haben, wird uns sicherlich niemand bestreiten (Beifall).

Im Verlauf obiger Ausführungen hat Präsident Dr. Baumgartner den Vorsitz wieder übernommen.

Abg. Lechleiter (Komm. P.):

Den Bedürfnissen, wie sie in der Förmlichen Anfrage der Herren Abg. Klaiber und Gen. zum Ausdruck gebracht werden, können wir keine Gefolgschaft leisten. Die Verminderung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch würde nach unserm Dafürhalten keineswegs dazu dienen, der zweifellos vorhandenen Notlage weiter Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung auch nur einigermaßen gerecht zu werden; dagegen aber würde — falls man den Wünschen jener Seite Rechnung tragen wollte — zweifellos die Folge eintreten, daß dem Fleischkonsum unter der arbeitenden Bevölkerung unserer Städte noch weiterhin und in noch stärkerem Maße Abtrag geschehen würde. Bei Behandlung der Denkschrift über die Notlage der badischen Tabakarbeiterschaft wurde betont, daß in diesen Kreisen der Konsum von Fleisch etwas sehr Seltenes ist und daß in manchen Fällen noch nicht einmal Sonntags auf dem Tisch dieser Arbeiter Fleisch zu sehen ist. Daß der Fleischgenuß als etwas sehr Seltenes festzustellen ist, trifft natürlich nicht nur für die Tabakarbeiter, sondern auch für weitere Schichten der arbeitenden Bevölkerung zu.

Würde nun der Zoll auf das einzuführende Gefrierfleisch erhöht und würden Zollsätze erhoben, wie sie von den Anfragestellern gewünscht werden, so würde dadurch zweifellos ein Fleischpreis zustande kommen, der auf die Angehörigen der arbeitenden Klasse nicht „beruhigend einwirken" würde, wie man das heute früh bei einer andern Gelegenheit glaubte bezwecken zu sollen. Wenn der notleidenden Landwirtschaft, der Gesamtheit der bei uns in Baden zweifellos in großer Zahl vorhandenen kleineren und mittleren Betriebe geholfen werden soll, so muß das schon in anderer Weise geschehen — nicht aber in dem Sinn, wie es in dieser Förmlichen Anfrage zum Ausdruck gekommen ist. In dieser Beziehung sind wir der Meinung, daß den kleinen und mittleren Betrieben der Landwirtschaft unseres Landes durch Annahme der Anträge Rechnung getragen werden könnte, wie wir sie vor einiger Zeit eingebracht haben. Bei deren Behandlung ist ja den verschiedenen Parteien dieses Hauses Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ob es ihnen wirklich ernst darum zu tun ist, der notleidenden Landwirtschaft mit wirksamen Mitteln entgegenzukommen; wir werden dann Gelegenheit haben, festzustellen, ob dieser Wille wirklich ernsthaft vorhanden ist.

Wir sind der Meinung: Wenn es sich um die Behebung der in der Landwirtschaft bestehenden Notlage und um die Hebung der Viehwirtschaft handelt, dann gibt es eine ganze Anzahl anderer Maßnahmen, durch welche diese Ziele erstrebt werden sollen und diese Maßnahmen können ohne weiteres durchgeführt werden. Bereits von anderer Seite ist die Verbilligung der Futtermittel angeführt worden: Hier muß unseres Erachtens in erster Linie eingegriffen werden, wenn ernstlich von einer Hebung der Viehwirtschaft gesprochen werden soll. Aber auch in vielen anderen Dingen ist ein Eingreifen nötig. So ist unbedingt eine Regelung des Pachtwesens erforderlich: Auf diesem Gebiet müssen bestimmte Maßnahmen getroffen werden, wenn einem großen Teil der badischen landwirtschaftlichen Bevölkerung Rechnung getragen werden soll. Auch die Steuerpolitik und die übrige Zollpolitik des Reiches sind nicht dazu angetan, irgendwie die Notlage der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu vermindern, sondern dienen nur dazu, sie zu erhöhen. Auch noch einige andere Maßnahmen — wie beispielsweise die Bekämpfung des Preiswuchers, der Syndikate und Kartelle — dürften dazu beitragen, die Notlage in diesen landwirtschaftlichen Kreisen zu lindern. Auch wird es erforderlich sein, daß

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Lechleiter.

dem Zinswucher der Banken ganz entschieden entgegetreten wird.

Damit sollen einige wenige Fingerzeige gegeben sein, wo unseres Erachtens eingegriffen werden kann, um durch wirklich wirksame Maßnahmen den Wünschen und Bedürfnissen der landwirtschaftlichen Bevölkerung entgegenzukommen. Wir werden deshalb späterhin, wenn es sich um die Beratung der von uns eingebrachten Anträge handelt, noch eingehender auf diese oder jene Frage zurückkommen.

Abg. Scheel (D. Dem. P.):

Eine große landwirtschaftliche Debatte oder gar eine allgemeine Wirtschaftsdebatte — wie sie soeben der Herr Vorredner anzuspinnen beinahe versucht gewesen ist — möchte ich nicht heraufbeschwören. Denn man kommt weder dadurch weiter, daß man auf der einen Seite behauptet, durch eine Stärkung der Konsumkraft unserer Landwirtschaft und ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit überhaupt werde man Deutschland retten, noch dadurch, daß man auf der anderen Seite erklärt: Die Massen müssen konsumieren können, und mit Rücksicht darauf haben wir zunächst einmal an diesem Punkte einzusetzen! Ich glaube, daß das alles pari passu gemacht werden muß, und daß man versuchen sollte, das eine wie das andere zu tun, so gut es eben geht.

Was nun zunächst einmal die Landwirtschaftsförderung anbelangt, so wird ja allgemein anerkannt, daß in der Viehzucht der größte Wert der deutschen Landwirtschaft und insbesondere auch der badischen Landwirtschaft liegt, daß man also hier eingreifen muß, um der Landwirtschaft zu helfen. Wir verstehen deshalb die Tendenz der Förmlichen Anfrage des Herrn Abg. Klaiber und sind mit ihm und den anderen Rednern darin gleicher Meinung, daß man Viehzuchtförderung treiben muß, wenn man der Landwirtschaft helfen will. Selbstverständlich hat das insbesondere für den Bauernstand selbst zu geschehen; es gilt aber ebenso auch im Interesse der Konsumenten und des gesamten Staates: denn dadurch könnte die Einfuhr verringert werden, die wir heute noch nötig haben. Nun ist es ja richtig, daß der Vorkriegskonsum an Fleisch noch nicht erreicht worden ist; daß wir aber nahe daran sind, ihn zu erreichen, und daß es, auch nach wissenschaftlicher Auffassung, wünschenswert wäre, ihn noch mehr zu steigern. Man kann aber alle diese Dinge nicht forcieren, sondern man muß sich nach der Decke strecken und sich nach den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen richten und muß insbesondere eine gewisse Rücksicht darauf nehmen, daß alle diese Förderungsmaßnahmen keinen Zweck haben, wenn im deutschen Volk nicht die notwendige Kaufkraft vorhanden ist, um das viele Fleisch zu einem Preis aufzunehmen, der der Landwirtschaft nützt.

Ein großer Teil des Bedarfs wird bereits im Land gedeckt; aber wir werden doch immerhin damit rechnen müssen, daß wir noch einen Teil als Ergänzung aus dem Ausland, vielleicht in Form von Gefrierfleisch oder sonstwie, beziehen müssen. Und das hat nun auch anerkannt eine Regierung im Reich, die dem Herrn Abg. Klaiber sehr viel näher steht als uns. Ich habe hier das Gesetz über die Zolländerung vom 17. August 1925, und darunter stehen die Namen von Schlieben, Neuhaus und Graf von Kanitz. Dieses Gesetz hat in § 5 die Regelung über das Gefrierfleisch. Also diese Regierung hat das Kontingent bestimmt; und wenn wir als Demokraten uns mit dieser Regelung einverstanden erklären für den Zeitraum, um den es sich handelt, so sollte ich meinen, daß der Herr Abg. Klaiber damit auch zufrieden sein könnte (Zuruf des Abg. Klaiber). Aber Sie sagen ja, Herr Klaiber, es wäre eine zu starke Bevorzugung des Gefrierfleisches schon in der jetzigen Regelung drin. Der Herr Kollege Weißhaupt hat etwas ähnliches gesagt, obwohl ja auch von seiner Partei in jener Reichsregierung eine ganze Menge Leute saßen, die sehr verantwortlich und sehr maßgebend mitgewirkt haben (Abg. Klaiber: Sie hätten es aber auch nicht anders gemacht, wenn Sie drin gewesen wären, Herr Kollege!). Das will ich ja damit nicht sagen; ich weise nur darauf hin, daß die Regelung, gegen die Sie jetzt sprechen, eine solche ist, die ja von ihren eigenen Leuten gemacht worden ist.

Der Bedarf von 1924 ist übrigens dieser Regelung zugrunde gelegt worden, und wir glauben, daß man mit dieser Sache zunächst einmal praktische Erfahrung machen soll. Wie mir mitgeteilt worden ist, beruht diese ganze Förmliche Anfrage auf irrigen Meldungen, die auf eine falsche Berechnung zurückgehen. In Wirklichkeit ist an eine Erhöhung des Kontingents für die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch nicht gedacht. Wir würden sie auch augenblicklich nicht für notwendig halten, weil die Kaufkraft nicht vorhanden ist, und weil wir Förderer der Landwirtschaft sein wollen, insbesondere auf dem Gebiete der Viehzucht. Darum meine ich, die Förmliche Anfrage ist befriedigend erledigt durch das, was von seiten der Regierung geäußert worden ist, und es hat nicht sehr viel Zweck, bei dieser Gelegenheit nun das ganze Kapitel Landwirtschaft und ihre Förderung durch den Landtag oder durch den Reichstag wieder aufzurollen, sondern man soll hier auch die Kirche beim Dorfe lassen und sagen: diese Anfrage beruht auf einer Sorge, die berechtigt ist, aber auch auf einem Irrtum; infolgedessen ist sie durch das, was die Regierung dazu erklärt hat auf Grund dieses Gesetzes vom 17. August 1925, de facto erledigt und bedarf keiner weiteren Erörterung.

Wir sind also mit der Erklärung, die der Herr Ministerialrat Rein im Namen der Regierung abgegeben hat, sachlich einverstanden.

Abg. Freidhof (Sozdem.):

Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, wenn nicht der Herr Abg. Klaiber die Begründung seiner Anfrage damit begonnen hätte, daß er auf eine Bauernversammlung in Oberrotweil hingewiesen und erklärt hat, welche gewaltige Erregung in dieser Versammlung geherrscht hat und sie in Zusammenhang gebracht hat mit der Erstürmung des Finanzamts in Bernkastel, indem er erkläre, daß man Vorsichtsmaßnahmen seitens der Regierung ergriffen, Polizei und Gendarmerie requiriert habe, trotzdem sich in Oberrotweil kein Finanzamt befinde; das Finanzamt befinde sich in Freiburg, und von Oberrotweil bis nach Freiburg sei es doch weit. Ich verstehe die Erregung, die sich in einem Teil der landwirtschaftlichen Kreise breit macht; wir verstehen die Not, die in einem großen Teil, insbesondere der kleinen Landwirte, vorhanden ist. Aber wenn man auf der einen Seite Verständnis aufbringt für die Not dieser kleinen Landwirte, dann darf man auch verlangen, daß auch die andere Seite Verständnis aufbringt für die Not der Arbeiterschaft. Denn sonst sind es gewöhnlich jene Kreise, die nach der Polizei rufen, wenn die Arbeiterklasse in begreiflicher Erregung und in begreiflicher Not einmal zu einer Demonstrationsversammlung oder sonst irgendwie zusammenkommt. Also nicht nur Verständnis für die Notlage der Landwirtschaft, sondern auch Verständnis für die Notlage der arbeitenden Kreise!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Freidhof.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Anfrage, die der Herr Abg. Klaiber hier eingereicht hat, ein Lufthieb gewesen ist. Die Regierung erklärt, daß ihr nichts davon bekannt ist, daß das Kontingent erhöht werden soll. Aber ich verstehe die Anfrage des Herrn Abg. Klaiber: sie soll prophylaktisch wirken, sie soll der Regierung bei den zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen eine politische Richtlinie sein (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung: Selbstverständlich!). Das begreifen wir. Nun haben wir aber in Deutschland nicht nur eine Landwirtschaft, sondern wir haben in Deutschland auch ein ungeheueres Heer von Arbeitslosen, und es wird bei den Handelsvertragsverhandlungen nicht allein Rücksicht genommen werden können auf die Landwirtschaft, sondern es muß auch Rücksicht genommen werden auf die Industrie und die in der Industrie beschäftigten Millionen von Arbeitern.

Und nun ist noch folgendes zu bemerken. Der Herr Abg. Weißhaupt hat gesagt, es handle sich in dieser Frage zunächst darum, die Landwirtschaft konsumkräftig, kaufkräftig zu machen. Herr Abg. Weißhaupt, Voraussetzung für das Kaufkräftigmachen der Landwirtschaft ist etwas anderes; es ist das, daß die breite Masse des Volkes konsumkräftig ist. Die Arbeiter in den Städten würden den Bauern gerne das Fleisch abkaufen, sie würden den Bauern mehr abkaufen als diese produzieren können, wenn sie dazu Geld hätten (Zurufe vom Zentrum und von der Bürgerlichen Vereinigung). Solange aber die Arbeiter in den Städten kein Geld haben, um das Fleisch zu kaufen, so lange wird eben die mißliche Lage in den landwirtschaftlichen Kreisen vorhanden sein. Und in dieser Situation, wo Zehntausende und Hunderttausende kein Fleisch kaufen können — das wird auch der Herr Abg. Klaiber hier bestätigen; die Fleischpreise in den Städten sind um 100 Proz. höher als in Friedenszeiten —, muß eben für die arme Bevölkerung ein Ersatz da sein, und den finden wir in der Einfuhr von billigem Gefrierfleisch aus dem Ausland nach Deutschland. Der Arbeiter würde gerne frisches Fleisch essen, und wir könnten auf das Gefrierfleisch verzichten, wenn das frische Fleisch zu einem tragbaren Preis zu kaufen wäre.

Der Herr Abg. Weißhaupt hat verlangt, daß die veterinärpolizeilichen Anordnungen über die Untersuchung des Fleisches und dergleichen durchgeführt werden. Die Vorschriften sind bereits durchgeführt, das Fleisch wird veterinärpolizeilich untersucht, so daß gerade nach jener Seite hin keine Gefahr besteht.

Der Herr Abg. Weiß-haupt hat dann versucht, festzustellen, daß der Fleischverbrauch heute hinter dem Friedensverbrauch in Deutschland nicht mehr weit zurücksteht. Er sagt, die Differenz betrage ungefähr 6 kg auf den Kopf der Bevölkerung. Was machen aber 6 kg auf den Kopf der Bevölkerung aus, wenn man die Kinder und alles mitrechnet. Wenn man für eine Familie nur vier Köpfe rechnet, so sind es 4 mal 6 = 24 kg oder 48 Pfund; das macht in der Woche etwa 1 Pfund Fleisch, das eine Familie weniger essen kann als in Friedenszeiten. Das bedeutet doch angesichts der Tatsache, daß wir schon in Friedenszeiten in Deutschland sehr wenig Fleisch konsumiert haben, eine ungeheuere Schädigung der Volksgesundheit, und es sollte gerade angesichts der Bestrebungen, die in Deutschland in dieser Woche, der Reichsgesundheitswoche, im Gange sind, jedem einzelnen klar sein, daß wir die Volkskraft in Deutschland und die Gesundheit nur heben können, wenn auch eine entsprechende Ernährung für die breite Masse des Volkes gewährleistet ist (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Und zum Schluß noch eines! Der Herr Abg. Klaiber sieht die ganze Rettung der Landwirtschaft und der Viehwirtschaft nur in der Erhöhung des Zolls. Herr Abg. Klaiber, ich lese auch Zeitungen, ich lese auch landwirtschaftliche Zeitungen und ich habe mit landwirtschaftlichen Vertretern und mit Bauern gesprochen; sie sagen — und das ist auch in den landwirtschaftlichen Zeitungen deutlich zum Ausdruck gekommen —: die Zollgesetzgebung vom vorigen Jahre hat der Landwirtschaft keine Rettung gebracht, sie hat im Gegenteil — man kann sagen: im Gegenteil — für die Landwirtschaft noch eine ungeheuere Schädigung bedeutet dadurch, daß vor der Einführung der Zollgesetzgebung eine Menge von Auslandsgetreide nach Deutschland eingeführt worden ist (Zuruf des Abg. Klaiber). Das ist die Folge einer Zollgesetzgebung (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung: So?) — jawohl, das ist die Folge einer Zollgesetzgebung, die nicht dem kleinen Landwirt, sondern vielleicht dem ostelbischen Junker von Nutzen ist, aber der badischen Parzellenwirtschaft gar keinen Deut nützt.

Wir sehen also keine Rettung in der Zollfrage, sondern wir sehen eine Rettung darin — und darin wird mir der Herr Klaiber recht geben, wenn er seither auch widersprochen hat — daß, was ich immer betone, ein Verhältnis gefunden wird, um den Verkaufspreis dem Erzeugerpreis einigermaßen anzupassen. Es ist doch heute so — das gebe ich ohne weiteres zu — daß ein großer Teil unserer Landwirte für sein Vieh heute weniger erhält, während wir in den Städten für das Fleisch den doppelten Friedenspreis bezahlen müssen, und daß der Fleischpreis in den Städten zu dem Erzeugerpreis in gar keinem Verhältnis steht, der Zwischenhandel also zu viel auffrißt. Darin liegt eben heute der Krebsschaden, in der Ausdehnung des Zwischenhandels, der unproduktiven Kräfte im deutschen Volke, die mit dazu beitragen, das ungeheure Elend in Deutschland noch zu vermehren.

Erfreulich ist es, daß der Herr Abg. Weißhaupt uns bestätigt hat, daß wir als Sozialdemokraten für die Förderung der Landwirtschaft immer zu haben gewesen sind, und wir werden auch in der Zukunft — das kann ich ihm erklären — für die Förderung der Landwirtschaft und die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion tun, was in unseren Kräften steht. Aber eines darf man auch verlangen, daß die Landwirtschaft von den rückständigen Methoden der Produktion abweicht und Abstand nimmt, daß die Rationalisierung nicht nur in der Industrie, sondern auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft Fortschritte macht, um so einigermaßen zu einer Verbilligung der Produktion zu kommen. Heute morgen hat Herr Abg. Sack es richtig ausgedrückt, daß es nicht allein darauf ankommt, den Acker zu vergrößern, um einen größeren Ertrag zu haben, sondern einen erhöhten Ertrag herauszuwirtschaften, mit denselben Arbeitskräften, damit die Produktion verbilligt und dadurch der städtischen Bevölkerung die Möglichkeit gegeben wird, die Produkte zu genießen, die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung zu steigern und Verhältnisse zu schaffen, die einigermaßen für beide Teile erträglich sind.

Aus dem Grunde können wir dem Antrag des Herrn Abg. Klaiber nicht folgen und sind mit der Erklärung der Regierung einverstanden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das Schlußwort erhält

Abg. Klaiber (Bürgerl. Ver.):

Die Regierung hat es sich bei der Beantwortung dieser Anfrage sehr leicht gemacht, sie hat einfach gesagt: Wir wiss-

Abg. **Klaiber**:

nichts von einer Vermehrung des Kontingents und wir haben keinen Anlaß, irgendwie Bedenken zu haben, daß da etwas geschehen soll. Wenn die Regierung sich eigentlich interessiert hätte für die ganze Frage, dann hätte sie sich ja nur an den Herrn Schlachthofverwalter hier wenden und hätte ihn fragen können, ob wirklich das wahr ist, was in meiner Anfrage steht, ob die Bestrebungen wirklich im Gange sind, und dann hätte sie es bestätigt bekommen, daß sogar sehr starke Bestrebungen bestehen, dieses Kontingent zu vermehren. Der Schlachthofverwalter von Karlsruhe hätte jedenfalls der Regierung auch keine andere Antwort gegeben, als sie mir gegeben wurde. Also das sind Ausreden, und das ist eine Antwort, die mir jedenfalls nicht genügt.

Die Regierung hätte auch Stellung nehmen können zu der Frage des Schutzes, die in der Anfrage liegt, aber dazu hat sie keine Veranlassung gehabt. Sie wird ihre Stellungnahme inbezug auf den Schutz der heimischen Produktion der Landwirtschaft nach der Beantwortung jedenfalls nicht revidieren, sondern sie wird auf dem gleichen Standpunkt stehen bleiben, den sie bisher eingenommen hat, und den wir bekämpfen werden, solange wenigstens ich hier in diesem Hause bin.

Der Herr Kollege Weißhaupt hat sich darüber gefreut, daß ich der Versammlung in Oberrotweil das Lob ausgesprochen und einen so guten Eindruck mit nach Hause genommen hätte, denn sie sei ja nur eine Bauernvereinsversammlung gewesen. Als ich nach Oberrotweil kam, hat mir der Leiter der Versammlung, Herr von Gleichenstein gleich gesagt: Herr Klaiber, das ist keine politische Versammlung — ja keine Politik machen, sondern das ist eine Bauernversammlung, eine Winzerversammlung, und sie ist weder von der einen noch von der anderen Organisation, noch von irgend einer politischen Partei veranlaßt, sie soll nicht einen Anstrich haben nach der einen oder anderen Seite, sondern sie soll lediglich eine Demonstration des Winzerstandes vom Kaiserstuhl sein. Ich habe das für selbstverständlich gefunden, und alle Redner haben sich auch in diesem Gleise bewegt. Daß nun der Herr Kollege Weißhaupt aus dieser Versammlung eine Bauernversammlung machen will, das ist mir das Neueste; denn wenn ich abgezählt hätte, wären vielleicht noch andere darunter gewesen, nicht nur Bauernvereinler. Herr Kollege Weißhaupt es hätte gar nicht viel gefehlt, dann hätten Sie gesagt: Es war eine Zentrumsversammlung! (Heiterkeit). Wir lehnen das ab; jedenfalls propagieren Sie damit nicht die Einigung der Bauernschaft.

Die Frau Abg. Fischer hat mir in ihren Ausführungen vorgeworfen, daß ich das bestehende Kontingent von 90 000 Tonnen abdrosseln möchte. Das ist nicht wahr, das habe ich nicht gesagt, sondern ich verwahre mich dagegen, daß das Kontingent nach den Bestrebungen, wie sie zur Zeit bestehen, verdoppelt werden soll.

Dann hat sie gesagt ⅓ der deutschen Bevölkerung sei ja nur landwirtschaftlich tätig. Ja, Frau Fischer, haben Sie denn überhaupt einen Begriff von diesem Drittel in Deutschland, was es für eine Auffassung, für eine Aufgabe hat und was es leisten muß inbezug auf die Volksernährung (Zuruf der Abg. Frau Fischer). Man kann doch dieses Drittel nicht aufhängen. Die Leute sind da und sollen für die Ernährung des Volkes sorgen.

Der Fleischkonsum hat sich dem Friedenskonsum genähert, und von dem können Sie nicht auf Amerika exemplifizieren. Denken Sie an die ungeheuren Viehbestände in Amerika und was Amerika auf diesem Gebiete leistet. Damit können Sie nicht imponieren und nicht überzeugen. Ich möchte das gleiche auch dem Herrn Abg. Scheel sagen, daß ich das Kontingent nicht kritisiert habe, und jedenfalls, wenn Sie in der Regierung gewesen wären, die demokratische Partei, daß da auch keine Änderung vorgenommen worden wäre (Abg. Scheel: Habe ich auch nicht gesagt). Aber Herr Kollege Scheel, ich habe darauf hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, welche großen Gefahren für den Viehbestand in Deutschland entstehen durch die Errichtung der großen Schlachthöfe an unserer deutschen Grenze, an der russischen Grenze und an der polnischen Grenze. Man muß eine große Gefahr darin erblicken. Das ist kein Hieb in die Luft, sondern ich mache darauf aufmerksam, welche Gefahr unserer Volkswirtschaft von der Seite her droht (Abg. Scheel: Ich habe mich dagegen nicht gewandt).

Herr Kollege Freidhof hat gesagt, die Anfrage solle bezwecken, der Regierung Richtlinien zu geben. Ich habe das eben ausgeführt, den Zweck soll sie haben, sie soll jedenfalls einmal auf die Gefahr aufmerksam werden und soll endlich einmal zeigen, daß sie in bezug auf den Schutz unserer Landwirtschaft eine andere Stellung einnehmen soll, als sie sie bisher eingenommen hat.

Das sind die Ausführungen, die ich zum Schlusse noch machen wollte.

Ministerialrat **Rein**:

Die Regierung hat es sich mit der Beantwortung der Förmlichen Anfrage nicht so leicht gemacht, wie der Herr Abg. Klaiber anzunehmen scheint. Sie hat nicht erklärt, sie wisse von nichts, sondern sie hat immerhin einiges Positive bekannt gegeben, und dazu gehört zunächst die Feststellung, daß der zuständige Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Reichstag erklärt hat, daß an eine Erhöhung des zollfreien Einfuhrkontingents nicht gedacht werde. Und weiter hat die Regierung aufgeklärt, woher es kommt, daß man überhaupt mit einer Erhöhung des Kontingents rechne, und bekannt gegeben, daß dieser Irrtum daher komme, daß das Einfuhrkontingent zunächst niedriger angenommen wurde, als es tatsächlich war.

Die Regierung hat aber noch ein weiteres getan. Die ganze Frage der Einfuhr von Gefrierfleisch beschäftigt sie schon seit Monaten, und es sind bei ihr aus Kreisen der Stadtverwaltungen lebhafte Wünsche in der Richtung geltend gemacht worden, für eine Erhöhung des Kontingents in Berlin einzutreten. Die Regierung ist nicht im Sinne dieser Wünsche (Abg. Klaiber: Also doch!) tätig geworden, sie hat aber doch Veranlassung genommen, sowohl schriftlich wie persönlich bei den zuständigen Reichsstellen Erkundigungen einzuziehen, ob an eine Erhöhung zu denken sei. Aber sämtliche Anfragen haben nur ein negatives Ergebnis gehabt, und der Niederschlag dieser Feststellungen ist wohl deutlich in der Beantwortung der Förmlichen Anfrage zum Ausdruck gekommen.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Nachdem der Herr Regierungsvertreter noch einmal das Wort ergriffen hat, ist nach § 68 der Gesch.-O. die Besprechung wieder eröffnet.

Das Wort erhalten weiter

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.):

Nach den Ausführungen, die der Herr Kollege Klaiber am Schlusse gemacht hat, sehe ich mich doch veranlaßt, auch ein paar Worte zu sagen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Dr. Schofer.

Ich bin dem Herrn Kollegen Klaiber dankbar, daß er den Herrn Regierungsvertreter noch einmal herausgelotst und herausgekitzelt hat. Ich glaube nach der Antwort, die er von dem Herrn Regierungsvertreter bekommen hat, wird er gedacht haben, du hättest es besser bleiben lassen (Zuruf: Nein!). Dann sind wir einig. Ich glaube, nach dem, was der Herr Regierungsvertreter gesagt hat, werden Sie überzeugt sein, daß es sich die Regierung nicht so leicht gemacht hat, wie es den Anschein erweckte. Der Herr Regierungsvertreter hat auf die Tatsache hingewiesen, daß die Entscheidung in der ganzen Sache nicht bei uns liege, sondern im Reichstag und bei der Reichsregierung und er hat weiter darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung vor kurzer Zeit, es war im Reichstag am 24. März d. J., zur Frage selbst Stellung genommen hat. Der Herr Regierungsvertreter hat einen Satz aus der Rede vom Herrn Reichsminister Haslinde aus der eben zitierten Debatte vorgetragen. Gestatten Sie mir, damit das ganz in das Stenogramm hineinkommt, den ganzen Passus vorzutragen, damit Sie sehen, welches die Lage im Reiche war und damit daraus die Schlußfolgerung gezogen werden kann, ob eine dringende Notwendigkeit für diese Staatsaktion, über die wir uns unterhalten, gegeben war.

Ich nehme an, daß bei der Interpellation, die Herr Klaiber eingebracht und begründet hat, er wohl auch die Vorgänge im Reichstag studiert hat. Der Herr Reichsminister sagte dort wörtlich:

„Wie im Frühjahr 1925 haben sich auch jetzt die Frischfleischpreise den durch eine inzwischen gesteigerte Handelsspanne gehobenen Gefrierfleischpreisen sehr genähert; die Nachfrage der Bevölkerung nach Gefrierfleisch wird durch das Angebot überall befriedigt, so daß zu einer Erhöhung der Kontingentsmenge ein Anlaß nicht besteht (Sehr wahr rechts).

Mit Rücksicht auf die gegenwärtige ernste Notlage der Landwirtschaft, die nicht zum kleinsten Teile durch die niedrigen Großviehpreise herbeigeführt ist, müßte eine weitere Erhöhung der Gefrierfleischeinfuhr auch große Bedenken auslösen (Zustimmung rechts).

Die Vermehrung und Verbesserung unserer Viehzucht muß meines Erachtens eine Hauptaufgabe der Zukunft sein, darum muß auch der Schutz unserer heimischen Viehzucht und der hier gewonnenen Edelprodukte bei Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen mit dem Auslande, beziehungsweise bei der Neuregelung unserer Zollgesetze besondere Berücksichtigung finden."

Ich glaube, wer diesen Text vor sich hat, muß zugeben, daß die Reichsregierung die Dinge kennt, daß sie einen ganz bestimmten Standpunkt zu der Frage einnimmt und daß dieser Standpunkt ein landwirtschaftsfreundlicher Standpunkt ist. Ich glaube, aus dieser Tatsache ergäbe sich bei einiger ruhiger Überlegung, wenn rein das sachliche Moment ausschlaggebend ist, wohl die Erwägung, es bewendet sein zu lassen und abzuwarten, ob etwa dieser Standpunkt verlassen werden kann, als unzeitgemäß eine Sache zu propagieren und das Gegenteil von dem zu erreichen, was man will. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Landwirtschaft im Reiche und im Lande nicht die absolute Mehrheit hat; auch nicht, wenn diese Fragen hier debattiert sind, wird ohne weiteres, wenn man sich rein auf den landwirtschaftlichen Standpunkt stellen wollte, eine Mehrheit zu erzielen sein. Landwirtschaftsfördernd kann man in solchen Parlamenten nur wirken, wenn man sich auf eine bestimmte Linie der Mitte stellt und andere Interessentenkreise bestimmt, diesen Ausgleichsstandpunkt einzunehmen. Ich habe es deswegen eigentlich bedauert, daß Herr Klaiber vorhin dem Herrn Heurich seine schnippische Bemerkung hinüber gemacht hat. Ich glaube, die Landwirtschaft bedarf sehr wohl des Verständnisses, namentlich der Arbeiterschaft und ich glaube, man braucht nicht viel Kenntnis in der Vergangenheit über die politischen Vorgänge zu haben — ich erinnere nur an den Übergang von dem Caprivischen Handelsvertrag zum nachfolgenden, daß man auch die Arbeiterschaft, in gewissem Umfang die Bevölkerung der Städte, die Konsumenten notwendig hat, um bestimmte Notwendigkeiten der Wirtschaft wahrnehmen zu können. Wir stehen in der Beratung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes. Ich glaube, wenn man ein Idealparadigma braucht, um das zu illustrieren, ist so ein Gesetz dazu angetan. Es bedarf sehr vielen Verständnisses, um die Ausgleichsmomente abzuwägen und eine Linie der Verständigung zu finden. Nur auf dem Wege der Verständigung ist es möglich, namentlich wenn die Konsumenten- und Produzenteninteressen sich in der Landwirtschaft entgegenstehen, hier die wirklichen Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen. Wenn man das so beachtet, glaube ich, hätte man schon Erwägungen anstellen können darüber, ob es angezeigt ist, diese Aktion zu machen. Sie wurde gemacht, gut, aber dann sollte man alles vermeiden, was gerade mitten in der Beratung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes derartige Dinge zu einer Erörterung führen könnte, die nicht fördernd, sondern im Gegenteil störend wirken könnte.

Nun hat der Herr Kollege Klaiber den Herrn Kollegen Weißhaupt gemahnt, keine Reklame zu machen. Ich glaube, dann hätte er dem Herrn Kollegen Weißhaupt ein anderes Beispiel geben müssen, denn seine Ausführungen über die Fleischproduktion und das Gefrierfleisch in Verbindung zu bringen mit der Winzerdemonstration in Oberrotweil, dazu gehörte etwas. Ich nehme an, daß eine psychologische Erwägung zugrunde liegt, die die Sache plausibel macht, nämlich die Erwägung, daß man zum Fleisch auch gerne einen Tropfen Wein hätte (Heiterkeit). Insoferne ist eine psychologische Verbindung herzustellen. Der Grund, warum sie hergestellt worden ist, liegt tiefer, und er liegt ungefähr in der Richtung der Mahnung, die an die Adresse des Herrn Weißhaupt gegeben worden ist. Ich habe den Eindruck, daß der Herr Kollege Weißhaupt durch das Beispiel des Herrn Kollegen Klaiber sich hat etwas verlocken lassen. In den Streit, ob die Versammlung mehr eine Bauernvereinsversammlung, sogar eine Zentrumsversammlung gewesen sei, will ich mich nicht einmischen. Ich glaube, dieser Streit nützt den Winzern nichts und ich glaube, wir sollten den Boden, der wirklich den Winzern und dem Winzerstande nützt, nicht verlassen und uns gegenseitig mit einer gewissen Rivalität, einem gewissen Willen zu helfen, uns begegnen. Es ist ja eines erreicht, die Weinsteuer ist meines Wissens gefallen und ich höre, daß dadurch auch der Konsument einen aliqualen Teil zu verspüren bekommt. Der sei zwar nicht groß, aber man verspüre ihn beim Bezahlen mindestens in einem kleinen Teil der Pfennige. Ich glaube, daß heute die Winzer die Überzeugung haben, daß dieses Entgegenkommen nicht nur ein Entgegenkommen an die Winzer war, sondern daß auch noch andere Leute von dem Momente profitieren, auch der Konsument, worüber ich mich natürlich auch freue (Zuruf des Abg. Schreck: Affentaler ja!). Ja, ich trinke ab und zu ein Gläschen Affentaler und ich glaube, ich darf mir erlauben, dazu ein Recht zu haben, ich glaube, daß diese guten Sachen nicht nur für die schlechten Menschen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Dr. Schofer.

da sind, sondern auch für die guten und ich will das dazu sagen, wenn daraus ein Kapital geschlagen werden wollte. Ich glaube, daß es bei den Debatten entgiftend wirkt, wenn man Humor in die Sache hineinträgt. Nun habe ich mich gewundert, daß man die Angelegenheit hier dennoch wieder aufgegriffen hat, nachdem doch die Regierung schon in den Verhandlungen der Landwirtschaftskammer darüber Red' und Antwort gestanden ist, warum sie keine Vertretung geschickt hatte. Ich glaube, man muß als Abgeordneter dafür doch einiges Verständnis haben, weil ja ebenso wie die Regierungsvertreter auch wir Landtagsabgeordneten derartige „Vorladungen" in solch himmlischer Fülle bekommen, daß wirklich nicht mehr alles erledigt werden kann! Denn schließlich ist man doch auch noch ein Mensch, der lediglich über ein begrenztes Maß von Kräften verfügt, und wenn ich all' den Veranstaltungen beiwohnen sollte, zu denen hier gewöhnlich ein ganzes Bündel von Einladungen zu liegen pflegt, dann müßte eine Bilokation mit mir vorgehen, ja ich müßte eine Trilokation haben, um all' dem genügen zu können. Also: Auch in diesen Dingen Verständnis für dasjenige, was möglich ist!

Es wurde beanstandet, daß Gendarmerie aufgeboten worden sei. Derartige Maßnahmen aber werden, wie ich glaube, auch getroffen, wenn andere Leute zu Protestversammlungen zusammentreten. Drüben im Elsaß, in Mülhausen habe ich selber einmal eine Protestversammlung mitgemacht, bei der es sich um kulturpolitische Fragen und um die Jesuitenfrage handelte; da haben wir unter Anwesenheit von mindestens ein bis zwei Dutzend uniformierter Schutzengel getagt: ich habe es hingenommen und habe ein paar Scherze dazu gemacht. Ich persönlich habe auch die Überzeugung, daß sicherlich die Winzer des Kaiserstuhls ihre Geschäfte ruhig und sachlich besorgt hätten, ohne daß irgendwelche Maßnahmen dieser Art hätten getroffen zu werden brauchen; wenn nun aber einmal die in diesen Dingen zuständige Behörde etwas vorsichtiger glaubte vorgehen zu müssen, so war das ihre Sache. Man muß immerhin folgendes bedenken: Wenn bei einem derartigen Anlaß infolge irgend eines Zufalls oder Zwischenfalls etwas schief geht, so heißt es, falls nicht vorgesorgt war, regelmäßig: „Wo blieb denn die Polizei; wo blieb denn die Regierung?" Und wenn dann vollends infolge einer Ungeschicklichkeit — es genügt eine solche, es braucht gar kein böser Wille vorzuliegen — etwas Schlimmes passiert, dann wird gefragt: „Wo sind die Maßnahmen geblieben? Warum waren keine Maßnahmen getroffen?" Und dann wird dieselbe Regierung, deren Maßnahmen in einem andern Fall beanstandet wurden, natürlich wegen mangelndem Pflichtbewußtsein, wegen Mangels an „Umsicht", „Vorsicht", „Aussicht" (Heiterkeit) zur Rechenschaft gezogen.

Ich sehe also die getroffenen Maßnahmen nicht als Äußerung des Mißtrauens gegenüber den Winzern an, sondern ich nehme sie auf als eine der Maßnahmen, von denen ich soeben sprach: über die man verschiedener Meinung sein kann — von denen aber nun einmal in diesem Falle die Polizeiverwaltung geglaubt hat, daß sie am Platze seien; darum hat sie so gehandelt, wie das geschehen ist.

Nun noch ein Wort zum Fleischkonsum. Da ist zu sagen: Die Physiologie, die über diese Dinge urteilt, hat darüber ihre verschiedenen Meinungen. Wenn man lebenserfahrene Physiologen fragt, sagen sie oft: Es wäre manchmal gescheiter, statt des vielen Fleisches etwas weniger zu genießen und dafür zu einer rationelleren Lebensführung zurückzukehren. Dabei weiß ich aber sehr wohl, daß, wer schwer arbeitet, eben auch eine andere Verköstigung haben muß als derjenige, der nur leichte Arbeit verrichtet. Ich selbst habe dem Arbeiterstand angehört und habe in den meisten Fällen den Sommer über mir mein Essen mitnehmen müssen; dabei war ich immer gottfroh, wenn es in der Woche einmal ein Stückle Fleisch dazu gegeben hat; ich weiß, wie hart es ist, ohne Fleischkonsum die schwere Arbeit draußen im Walde und an den Straßen leisten zu müssen. Ich kenne das und deswegen kann ich es nur begrüßen, wenn hier — ohne daß eine Schädigung der Landwirtschaft selber eintritt — die Möglichkeit geschaffen wird, auch der arbeitenden, namentlich aber der hart arbeitenden Bevölkerung in höherem Maße Fleischgenuß zu ermöglichen.

Nun habe ich aus der Statistik ersehen — und das ist für mich einer der erfreulichsten Momente —, daß seit dem Jahre 1923 der Fleischgenuß pro Kopf von 28,9 Kilogramm auf 46,4 Kilogramm im Jahr 1925 hinaufgegangen ist. Das ist doch ein Fortschritt in der Volksernährung, der, wie ich glaube, ein Wort der Anerkennung — und ich füge hinzu: auch ein Wort des Dankes — notwendig macht. Ich kann nur sagen: Wenn man sich an die Situation erinnert, in der wir in den Zeiten von 1918, 1919 und 1920 standen, darf man doch wohl froh sein, daß wir heute mit derartigen Zahlen vor die Öffentlichkeit treten können (Sehr richtig!). Weiter glaube ich auch: Dasjenige, was der Herr Kollege Weißhaupt uns über den Fortschritt in der Landwirtschaft vortragen konnte, gehört zu den durchaus erfreulichen Momenten, und ich möchte nur glauben, daß die Hilfe, die man jetzt durch Aufhebung der Weinsteuer den Winzern hat angedeihen lassen, und daß die Bestrebungen, wie wir sie jetzt im Haushaltsausschuß anläßlich der Vorlage über die Grund- und Gewerbesteuer wahrnehmen, und die dahin gehen, der überlasteten Landwirtschaft eine gewisse Entlastung zuteil werden zu lassen, auch wirklich zum guten Ende führen möge.

Das ist aber nur möglich, wenn wir uns tunlichst einheitlich auf die große Grundlinie des Ausgleiches stellen und damit uns in wirklich staatserhaltender, in wirklich fördernden Weise für Stadt und Land einsetzen (Beifall).

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.):

Mein Herr Vorredner hat sich im Laufe seiner Ausführungen verschiedene Male „gewundert"; aber auch ich habe mich gewundert, nämlich darüber, daß durch einen großen Teil der Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Schofer einer so ernst und sachlich gearteten Angelegenheit, wie diejenige ist, die uns jetzt beschäftigt, die Wendung gegeben worden ist, daß daraus eine parteipolitische Häkelei mit meinem Freund Klaiber gemacht wurde. Die Mahnungen, die an ihn ergingen, sind wirklich überflüssig und nicht angebracht gewesen.

Der Vorredner, Herr Abg. Dr. Schofer, hat darauf hingewiesen, daß ja der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Haslinde, sich entschieden gegen eine Vermehrung der Fleischeinfuhr vom Auslande her gewendet hat. Das ist gewiß richtig und ist auch von uns immer dankbar anerkannt worden. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß Herr Dr. Haslinde keine bleibende und dauernde Erscheinung ist — man hat ja gerade innerhalb der letzten Wochen verschiedene Male gehört, er wolle von seinem Amte zurücktreten —, während andererseits, wie auch auf jener Seite bekannt sein wird, sehr starke und gerade auch von sehr sehr starken Kräften geförderte Bestrebungen im Gange sind, die Fleischeinfuhr nach Deutschland zu vermehren und zu erleichtern. Das gibt doch insbesondere einem Vertreter der Landwirtschaft alles

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. D. Mayer.
Recht, auch hier im badischen Landtag einmal diese Frage ausführlich zur Sprache zu bringen.

Nun hat der geehrte Herr Vorredner ja gesagt, die Landwirtschaft solle sich erinnern, daß nicht sie die Majorität im deutschen Reiche habe. Ich finde, das ist etwas schief ausgedrückt: Die Landwirte sollen sich „erinnern, daß sie nicht die Majorität der Wähler darstellen", sondern nur, wie wir heute schon einmal gehört haben, etwa ein Drittel von deren Gesamtheit ausmachen. Das wissen aber die Landwirte ganz genau — und wenn sie es vergessen sollten, werden sie daran erinnert!

Etwas anderes ist es wieder um die Landwirtschaft: Die Landwirtschaft ist keine Sache der Mehrheit oder der Minderheit, sondern eine Sache der Ausnützung des deutschen Bodens überhaupt; die deutsche Landwirtschaft ist derjenige Beruf, der für die Ernährung des gesamten deutschen Volkes zu sorgen hat (Sehr richtig!).

Mit einem Wort komme ich nun noch auf die Erläuterungen, die der Herr Regierungsvertreter zu seiner ursprünglichen Erklärung gegeben hat. Diese Erläuterungen haben die ursprüngliche Erklärung in verschiedenen Punkten ausgedehnt, sie haben neue Gesichtspunkte beigebracht und neue Tatsachen mitgeteilt, und ich möchte nur fragen: Warum hat dasjenige, was der Herr Regierungsvertreter zum Schlusse sagte, nicht gleich zu Anfang gesagt werden können? Es wäre das im Hinblick auf die Aussprache zweifellos um vieles besser gewesen.

Im übrigen waren die Ausführungen meines Freundes Klaiber so klar, so deutlich und so sicher belegt — ich will nichts im einzelnen davon wiederholen — daß man nur wünschen kann, sie möchten die gebührende Beachtung finden und den richtigen Eindruck erwecken; wenn sie hier im Hause diesen genügenden Eindruck nicht erwecken sollten, so werden sie ihn draußen erwecken (Beifall rechts).

Abg. Rückert (Sozdem.):

Wenn alle meine Vorredner sich „wundern", wird das ja auch wohl mir gestattet sein (Heiterkeit). Herr Kollege Klaiber hat seine Unzufriedenheit darüber ausgesprochen, weil die Regierung Vorsorge getroffen hat, daß bei der von ihm genannten Demonstrationsversammlung nichts vorkommt. Ich „wundere" mich, daß das gerade der Herr Kollege Klaiber gesagt hat — der doch jetzt Mitglied der Bürgerlichen Vereinigung ist und deshalb in engeren familiären Beziehungen zu den Deutschnationalen steht. Ich möchte ihn deshalb daran erinnern, daß nicht etwa nur bei uns, sondern in ganz Deutschland gerade die Rechte dem neuen Staat immer und immer wieder zum Vorwurf gemacht hat, daß er nicht durchgreife und daß er nicht in der Lage sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Im Hinblick auf die Betätigung der Kommunisten ist das ja mehr wie einmal behauptet worden; und gerade von der rechten Seite ist immer wieder nach einem „starken Mann" und nach einer „starken Regierung" gerufen worden. Aber in dem Augenblick, wo sich die Regierung in der Tat in diesem Sinne betätigt, kommen nun von Ihrer Seite Vorwürfe, und darüber habe ich mich gewundert. Wenn ich mich darüber nicht wundern würde, so würde ich glauben, Ihnen Unrecht zu tun (Auf Zuruf des Abg. Klaiber). Denn, Herr Kollege Klaiber, Sie wollen ja auch nicht, daß die staatliche Ordnung etwa nur nach links angewendet wird und daß sie zu versagen hat, wo etwa Sie und Ihre Kreise in Frage kommen. Sie werden also verstehen, daß ich mich mit allen anderen über diese Angelegenheit etwas gewundert habe.

Und nun möchte ich auf Ihre Ausführungen noch ein paar Sätze sagen, die um so kürzer sein können, als ja wohl drei Viertel von dem, was ich sagen wollte, der Herr Kollege Dr. Schofer soeben gesagt hat. Ich halte die Erklärung der Regierung für durchaus korrekt. Sie haben gefragt: „Ist der Badischen Regierung bekannt, daß ernsthafte Bestrebungen im Gange sind, das zollfreie Einfuhrkontingent von Gefrierfleisch zu erhöhen?" Die Regierung hat Ihnen erklärt: das ist uns nicht bekannt, und sie ist dabei durchaus im Recht. Denn vor einigen Wochen erst ist diese Angelegenheit in Berlin erörtert worden, das mußten Sie wissen und deshalb konnten Sie bereits so ungefähr die Antwort der Regierung voraus wissen. Ich habe aus dem Verlauf dieser Ausführungen die Überzeugung gewonnen, daß Ihr tiefgefühltes Bedürfnis, diese Frage hier zur Erörterung zu bringen, eigentlich unnötig gewesen ist; denn die Antwort haben Sie vor Wochen von Berlin aus bekommen (Zuruf des Abg. D. Mayer-Karlsruhe). Ich möchte deshalb nur noch einmal betonen: Die Auskunft der Regierung war durchaus korrekt. Einer meiner Parteifreunde hat schon erklärt, daß wir mit dieser Antwort durchaus einverstanden sind.

Nun aber will ich noch folgendes sagen. Aus Ihren letzten Ausführungen, Herr Abg. Klaiber, konnte man herauslesen, daß die Landwirtschaft hier im Hause nicht die nötige Unterstützung bekomme. Sie haben sich aber nicht konkret ausgesprochen und deshalb möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen: Soweit meine Partei in Frage kommt, hat sie seit Jahrzehnten die Landwirtschaft in der Tat unterstützt. Es kommt nämlich nicht darauf an, ob man lange Reden hält, ob man Förmliche Anfragen oder Kurze Anfragen einbringt, sondern darauf, welchen Standpunkt man bei den für die Landwirtschaft gültigen Gesetzen oder bei den Positionen einnimmt, die eine Unterstützung der Landwirtschaft im Etat vorsehen. Und da möchte ich feststellen, daß, solange es eine Sozialdemokratie in diesem Hause gibt, alle Positionen, welche der Unterstützung der Landwirtschaft dienen, von der Sozialdemokratie angenommen worden sind. Herr Kollege Klaiber, das wissen Sie auch, und deshalb ist es doch, glaube ich, zweckmäßiger (Zuruf von der Bürgerlichen Vereinigung: seit die Sozialdemokratie auf das Zentrum Rücksicht nehmen muß!) — deshalb ist es, wenn Sie über diese Fragen sprechen, zweckmäßiger, daß Sie immer genau sagen, was Sie darunter verstehen. Solange ich hier in diesem Hause anwesend bin, habe ich die Beobachtung gemacht, daß alle Parteien die Landwirtschaft unterstützt haben. Wir sind der Auffassung, daß es eine Pflicht des Staates ist, einen so wichtigen Erwerbszweig, wie die Landwirtschaft, nach Möglichkeit zu unterstützen.

Zum Schluß will ich aber noch einen Satz sagen, Herr Kollege Klaiber! Glauben Sie ja nicht, daß die Landwirtschaft, ein Teil unserer gesamten Wirtschaft, ohne Rücksicht auf alle Umstände eine günstige Lage haben kann! Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Alle Berufszweige, Landwirtschaft, Industrie und Handel, hängen ganz eng miteinander zusammen, nicht nur in Deutschland, sondern mit der ganzen Weltwirtschaft. Der Landwirtschaft kann es nicht gut gehen, wenn die Gesamtlage Deutschlands eine ungünstige ist. Wenn die Gesamtlage Deutschlands nicht allein durch Maßnahmen auf landwirtschaftlichem Gebiete, sondern durch internationale Umstände eine günstigere wird und wenn die Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeit und Verdienst haben und nicht, wie jetzt, kaum als Konsumenten und Käufer in Betracht kommen, werden sie auf dem Markt ganz anders als jetzt auftreten können und dann wird auch der Zeitpunkt kommen, wo ohne Palliativmittel die Lage der Landwirtschaft sich wieder ver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. Rückert.

bessert. Darum wollen wir nicht immer sagen: es geht der Landwirtschaft schlecht, sondern die Gesamtlage ist schlecht, und wir wollen gemeinsam alle Mittel ergreifen, um die Gesamtlage Deutschlands zu heben, weil man dadurch nicht nur den Arbeitern, sondern auch der Landwirtschaft den besten Dienst erweist (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. **Gündert** (D. Vp.):

Es haben sich bisher alle Redner „gewundert". Auch ich schließe mich dieser Verwunderung an (Heiterkeit) und wundere mich nur darüber, daß hier so lange weitschweifige Erörterungen über diesen Gegenstand gepflogen werden (Sehr richtig! — Große Heiterkeit).

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.):

Auch selbst auf die Gefahr hin, daß der Herr Vorredner sich weiter wundert (Heiterkeit), werde ich das, was ich für pflichtmäßig halte, tun. Ich habe mich zunächst erkundigt, ob man etwas genaues wisse und erfahren könne über das Gendarmerieaufgebot, und habe erfahren, daß zwei Gendarmen sich zufälligerweise in der Gegend aufgehalten haben (Heiterkeit — Zuruf des Abg. Klaiber. — Weitere Zurufe). Also es sollen doch mehr gewesen sein. Ich nehme an, daß Ihnen im Breisgau die Dinge etwas näher liegen (Zuruf: sechs!). Sechs Mann also; die wird man deswegen nicht versetzt haben, sondern wird sie dort gelassen haben. Das wird wohl richtig sein.

Nun hat der Herr Kollege D. Mayer gemeint, er wundere sich, daß eine so ernste Sache zu einer politischen „Häkelei" verwendet worden sei (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: zum großen Teil!), zum großen Teil verwendet worden sei (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Sie haben ja vom Weinbau geredet!). Gewiß, ich habe deswegen darüber geredet, weil der Interpellationsbegründer davon angefangen hat. Und damit will ich gleich sagen: Wer hat denn die „Häkelei" begonnen? Das ist derjenige, der die Weinreklame da hereingebracht hat (Heiterkeit), und ist derjenige, der dem Herrn Heurich die entsprechende Widmung hat angedeihen lassen (Zuruf des Abg. D. Mayer-Karlsruhe). Damit hat man angefangen. Ich habe mir sofort, wo dies geschehen ist, meine Notizen gemacht und wollte weggehen; und da habe ich mir gesagt: wenn jetzt diese Häkelei hier einsetzt, kann es leicht Weiterungen geben. Ich habe mich aber dann nicht gemeldet, weil ich sie ignorieren wollte. Dann hat das Schlußwort wiederum dazu benützt werden wollen und ist benützt worden, Häkeleien mit der Regierung, die doch etwas politischer Natur waren, zu inszenieren. Der Herr Regierungsvertreter hat dann die Debatte wieder eröffnet und dadurch die Möglichkeit gegeben, der „Häkelei" etwas Rechnung zu tragen und zu sagen, was wir zu diesen „Häkeleien" zu sagen haben. So ist die Sachlage. Ich wundere mich deswegen, daß mir ein Vorwurf gemacht worden ist, daß ich auf diese Dinge eingegangen bin. Wenn man will, daß zu solchen Sachen geschwiegen wird, dann lasse man sie aus der Debatte draußen! Wenn aber politische Häkeleien inszeniert werden, so geht es wie im Feld: Wenn herüber geschossen wird, wird auch hinübergeschossen, und meist kommen auf einen Schuß zwei, und meistens ein anderes Kaliber! (Heiterkeit. — Zuruf von der Mitte: Ein dickeres Kaliber!).

Zweitens: Ich bin dem Herrn Kollegen D. Mayer für die Belehrung, daß ein Unterschied besteht zwischen Landwirt und Landwirtschaft, dankbar (Heiterkeit). Ich werde mir das in mein Philosophielehrbuch eintragen, damit ich es nicht mehr vergesse! Ich glaube aber, was ich sagen wollte, ist trotzdem richtig und ist verstanden worden. Ich habe nämlich nicht als Logiker gesprochen, sondern als Politiker (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Der muß aber auch logisch sein!). Ja, aber der Politiker so logisch, daß er nicht aufhört, politisch zu sein (Heiterkeit); es müssen die beiden Eigenschaften so miteinander verbunden werden, daß kein Gesetz verletzt wird, aber so, daß es richtig ist nach beiden Seiten.

Nun habe ich gesagt, daß der Herr Reichsminister für Ernährung die Sache, um die es sich hier dreht, bereits behandelt hat, und es deswegen wohl hätte unterlassen werden können, die Interpellation einzubringen. Darauf wurde von dem Herrn Kollegen D. Mayer geantwortet, sie hätten das Recht, derartige Dinge zu machen, das Recht lassen sie sich nicht nehmen, und deshalb hätten sie es gemacht. Richtig, ich bestreite das Recht gar nicht (Abg. D. Mayer: So habe ich mich nicht ausgedrückt!). Gewiß, Sie haben aber gesagt, Sie hätten das Recht dazu, und das Recht bestreite ich Ihnen nicht. Es frägt sich nur, in welchem Umfange man begründeterweise von einem Rechte Gebrauch macht, und da haben Sie gesagt, es wäre wohl angezeigt gewesen, bestimmte Erwägungen über diese Frage anzustellen. Daß der Herr Dr. Haslinde nicht von Ewigkeitsdauer ist, daß weiß ich auch; ich glaube auch, daß die Frage des Zolltarifs immer wieder eine Rolle spielen wird. Ich glaube auch, daß man die Augen aufhalten muß, um bestimmte Interessen warzunehmen. Aber auch da sage ich, wo die Verhältnisse so liegen, muß es angezeigt erscheinen, an den Ausgleich zu denken. Ich habe diese meine Ausführungen sehr zurückhaltend gemacht, und ich wollte nach keiner Seite hin politisch etwas verderben, und weil ich das wollte, darum die Zurückhaltung. Nach keiner Seite! Denn die staatsphilosophischen Auseinandersetzungen der letzten Monate und Wochen bestimmen ja dazu (Zwischenruf). Gewiß, warum denn nicht? Die staatsphilosophischen Auseinandersetzungen, auch die praktischen, müssen ja den politisch Denkenden dazu bestimmen, in diesen Zeiten ein bißchen vorsichtig zu sein.

Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.):

Ich will nur ganz kurz feststellen, daß selbstverständlich im Laufe der Debatte irgendjemand das letzte Wort haben muß (große Heiterkeit — Abg. Dr. Schofer: Das ist Ihnen aber glänzend gelungen!).

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Das letzte Wort hat der Interpellant. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Herr Abg. Klaiber hat das Schlußwort.

Abg. **Klaiber** (Bürgerl. Ver.):

Ich habe dem, was ich gesagt habe, nichts hinzuzufügen (Sehr gut und Heiterkeit) und ich habe auch Verständnis, Herr Kollege Dr. Schofer, sowohl bei Ihnen wie bei der Sozialdemokratie, daß Sie den Landwirtschaftsminister in Schutz nehmen.

Die Besprechung wird geschlossen.

Zu Ziffer II 2 der Tagesordnung der 33. Sitzung:

Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfrage der Abg. Dr. Mattes u. Gen., Zwischenkredit für die badische Landwirtschaft (Drucks. Nr. 103)

verliest der Präsident den Wortlaut der Förmlichen Anfrage:

Präsident Dr. **Baumgartner**.

„Von dem Zwischenkredit für die Landwirtschaft in Höhe von 250 Millionen Reichsmark soll Baden nur 3 Millionen Reichsmark, also etwa ein Drittel des auf Baden nach der Größe seiner Landwirtschaft entfallenden Anteils erhalten. Kann die Regierung darüber Aufschluß geben, welche Ursachen diese erneute Benachteiligung Badens hat?"

Zur Begründung der Förmlichen Anfrage erhält das Wort

Abg. Dr. **Mattes** (D. Vp.):

Die Größe der Hilfe, die einem Stande durch eine Behandlung seiner Interessenfragen in diesem Hause zuteil wird, hängt ja nicht von der Länge der Rede ab, mit der diese Dinge behandelt werden (Sehr richtig!). Ich werde mich deshalb kürzer fassen, als es bei der vorherigen Förmlichen Anfrage der Fall war.

Zu Beginn dieses Jahres ist bekannt geworden, daß beabsichtigt ist, von der Golddiskontbank aus über die Rentenbank der Landwirtschaft einen größeren Kredit zuzuführen. Die Bedeutung dieses Kredites ist in der Presse und in der Öffentlichkeit so stark betont worden, daß in weiten Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung falsche Vorstellungen von der Größe dieses Goldkredits entstanden sind, so daß der Eindruck entstanden ist, es würde hier auf einmal der Landwirtschaft eine Fülle von Krediten zugeführt werden, die schließlich jedem einzelnen gestatten würde, seinen vollen Bedarf daraus zu decken. Aber die Enttäuschung kam bald. Bald stellte sich heraus, daß nur ein Teil der Hoffnungen, die auf diese Kreditaktion zuerst gesetzt wurden, in Erfüllung gehen sollte. Zunächst wurden durch die Bedingungen, die gestellt wurden, ein wesentlicher Teil des landwirtschaftlichen Standes von dieser Hilfsaktion ausgeschlossen, das waren die Pächter, denn der Kredit sollte ein Hypothekenkredit sein und deshalb kann er einem Pächter, der keinen eigenen Grundbesitz hat, nicht zur Verfügung gestellt werden. Aber ich glaube, es hätten sich sehr wohl Möglichkeiten finden lassen, daß sich auch bei einem Pächter genügende Sicherheit für die Unterbringung eines Kredites hätte schaffen lassen.

Die zweite Enttäuschung, die diese Kreditaktion brachte, waren die außerordentlich harten Bedingungen und Voraussetzungen für die Kredite, nicht so sehr in der Höhe der Verzinsung, obwohl die letzte Senkung des Reichsbankdiskonts auf die Zinshöhe keinen Einfluß gehabt hat, obwohl man auch vielleicht das hätte erwarten können, sondern zunächst einmal waren es die rein sachlichen Voraussetzungen für die Ingangsetzung dieser Kreditaktion. Nicht weniger als 6 Unterlagen wurden von den Landwirten verlangt: Ein Grundbuchauszug über seinen Besitz, ein Eigentums- und Lastenzeugnis, eine Bescheinigung des Finanzamts über seinen berichtigten Wehrbeitrag, getrennt nach Grundstücken und nach Gebäuden, die in Baden gar nicht möglich ist, eine Bescheinigung der Aufwertungsstelle über die Aufwertungsansprüche, ferner eine Bescheinigung des Bürgermeisteramts über seine Kreditwürdigkeit und Kreditsicherheit und schließlich die Mitteilung des Kreditsuchenden über den Verwendungszweck des Kredits. Es war sogar beabsichtigt — man hat das nachher wieder fallen lassen — von den einzelnen Kreditsuchenden eine Unterlage der einzelnen Grundstücke, die beliehen werden sollten, zu beschaffen. Das hätte bei der Eigenart der badischen Besitzverteilung gar nichts anderes bedeutet, als daß der Kredit suchende gewissermaßen eine Flurkarte der ganzen Gemeinde hätte vorlegen müssen. Von der letzteren Bedingung ist abgegangen worden. Eine weitere immerhin harte Bedingung ist die Tatsache, daß der Kredit bereits ab 15. Januar d. J. verzinst werden solle, obwohl noch kein Mensch Geld hat. Deshalb führte diese Kreditaktion dazu, daß sehr viele Landwirte sich in sehr große Unkosten gestürzt haben, ohne daß sie irgendwelche Sicherung bisher haben, überhaupt einen Kredit zu bekommen. Diese Tatsache allein hat schon sehr viele Landwirte abgehalten, daß sie überhaupt um diesen Kredit einkamen.

Eine dritte Enttäuschung war nun die Art, wie die Kreditaktion durchgeführt werden soll. Sie bringt zum großen Teil gar kein neues Geld nach Baden hinein, sondern sie bedeutet nur eine Umwandlung in bezug auf die Anlage, eine Umwandlung in der Hinsicht, daß kurzfristige Gelder in langfristige umgewandelt werden, da bei der Kreditzuteilung besonders die berücksichtigt werden, die bei der Abgabe über den Verwendungszweck sagen, sie wollen den Kredit dazu nehmen, um eingegangene Wechselverbindungen abzudecken, um also diese in einen langfristigen Kredit umzuwandeln. Auch in dieser Hinsicht also keine neuen Wirtschaftsmittel, sondern nur eine Umwandlung der Kredite, die schon vorhanden waren.

Und nun kam das Wesentliche. Als nun darüber entschieden wurde, wie groß der Kredit sein sollte, der nach Baden hereinkommen soll, da ergab sich, daß Baden nur einen kleinen Teil von dem bekommen soll, was auf seine Größe entfällt. Es sollen 250 Millionen Mark ausgeliehen werden. Wenn man diesen Kredit nach der Größe der badischen Landwirtschaft auf diese prozentual verteilte, so müßte sie ungefähr 9 Millionen Mark bekommen. In der Zeit, als diese Förmliche Anfrage eingebracht wurde, wurde bekannt, daß Baden nur 3 Millionen, also nur ⅓ dessen bekommen soll, was auf es entfallen würde.

Diese Benachteiligung Badens wird zum Teile damit begründet, Baden hätte von dem ersten landwirtschaftlichen Kredit aus Amerika von seinem Kontingent keinen großen Gebrauch gemacht, aus denselben Gründen, warum sich jetzt sehr viele Landwirte zurückhalten, weil die Kreditbedingungen so schwer und kompliziert sind, daß ein großer Teil unserer kleinen Landwirte davon absieht, nicht weil das Kreditbedürfnis nicht vorhanden ist. Aus diesen Gründen kann man sachlich diese Benachteiligung Badens nicht begreifen. Wir haben hier einen der Fälle, die nicht selten sind, daß man von Berlin aus sich damit begnügt, Bayern zufrieden zu stellen — Bayern bekommt seinen vollen Anteil von 25 Millionen —, daß man dann sich um die anderen süddeutschen Staaten weniger kümmert. Man denkt, wenn nur die Bayern nichts sagen, dann brauchen wir uns um die andern Staaten nicht kümmern. Aus diesen Gründen haben wir die Regierung darum gebeten, Aufschluß darüber zu geben, warum Baden benachteiligt wird, und wir sind zu gleicher Zeit der Meinung, daß der badische Landtag aufs schärfste dagegen Widerspruch erheben soll, daß Baden benachteiligt worden ist. Auf anderem Gebiete, auf dem Gebiete der Steuer, wird es von seiten des Reiches voll beteiligt. Wir erheben darauf Anspruch, daß wir gleichen Anteil an den Leistungen des Reiches haben (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Ganz richtig!).

Zur Beantwortung der Förmlichen Anfrage erhält das Wort

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Ministerialrat **Rein**:

Es ist zutreffend, daß von dem Gesamtbetrag der Golddiskontbankgelder von 260 Millionen RM. dem Lande Baden zunächst nur 3 Millionen RM. zugewiesen wurden und zwar der Rheinischen Hypothekenbank und der Badischen Girozentrale je 1,5 Millionen RM. Die Verteilung ist erfolgt durch den Vorstand der Rentenbankkreditanstalt im Benehmen mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Die badische Regierung ist mehrfach mündlich und schriftlich mit allergrößtem Nachdrucke wegen besserer Berücksichtigung des Landes Baden bei der Rentenbankkreditanstalt vorstellig geworden. Die Reichsratsbevollmächtigten wurden beauftragt, abermals für Zuweisung eines größeren Betrags an das Land Baden ernstliche Vorstellungen zu erheben. Die Rentenbankkreditanstalt begründete die von ihr vorgenommene Zuweisung damit, daß die Realkreditinstitute von jeher ihren Betrieb über das ganze Reich erstreckt hätten, so daß eine restlose Verteilung auf die Länder nicht nötig und nicht möglich wäre. Demgegenüber darf ernstlich bezweifelt werden, ob die bei der Verteilung der Mittel besonders umfangreich bedachten außerbadischen Institute Zwischenkredite in erheblichem Ausmaß nach Baden ausleihen. Ferner wird von der Rentenbankkreditanstalt geltend gemacht, die Amerikaanleihe sei in Baden nicht voll aufgenommen worden. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß selbstverständlich die Landwirtschaft ein geringes Interesse an der mit ungefähr 14 Prozent verzinslichen Amerikaanleihe hätte als an dem neuen, zu 7¾ Prozent verzinslichen Kredit.

In den letzten Tagen hat die Rentenbankkreditanstalt nochmals eine Verteilung und zwar die Restverteilung vorgenommen. Dabei entfielen auf Baden 1 Million RM., so daß nun im ganzen 4 Millionen RM. nach Baden fließen sollen.

Eine **Besprechung** der Förmlichen Anfrage wird nicht gewünscht.

Das **Schlußwort** erhält

Abg. Dr. **Mattes** (D. Vp.):

Die Antwort der Regierung hat uns darüber Aufschluß gegeben, warum wir den auf uns entfallenden Anteil nicht bekommen haben. Wir haben aus der Antwort der Regierung entnommen, daß sie mit aller Kraft dafür eingetreten ist, daß Baden seinen Anteil erhält und es nicht an den badischen Regierungsstellen liegt, daß Baden diesen Anteil nicht bekommen hat. Wir sind der Ansicht, daß wir das hier zum Ausdruck bringen wollen. Ich möchte dem Hohen Hause einen Antrag vorschlagen, um dessen Annahme ich bitte:

> „Der Landtag billigt die Erklärung der Regierung und bedauert, daß trotz ihres entschiedenen Eintretens für eine gleichberechtigte Berücksichtigung Badens bei der Verteilung des landwirtschaftlichen Zwischenkredites die badische Landwirtschaft den ihrer Größe entsprechenden Anteil nicht erhalten hat."

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Der Antrag kann behandelt werden; wenn es gewünscht wird, kann sofort im Plenum darüber gesprochen werden. Wird gewünscht, daß er einem Ausschuß überwiesen werden soll? — Es ist nicht der Fall. Der Antrag der Abg. Dr. **Mattes** und Fraktion lautet:

> Der Landtag billigt die Erklärung der Regierung und bedauert, daß trotz ihres entschiedenen Eintretens für eine gleichberechtigte Berücksichtigung Badens bei der Verteilung des landwirtschaftlichen Zwischenkredits die badische Landwirtschaft den ihrer Größe entsprechenden Anteil nicht erhalten hat.

Wir können heute im Plenum gleich abstimmen, wenn sich kein Widerspruch erhebt, sonst müßte die Zwischenfrist gewahrt werden. Widerspruch erhebt sich nicht. Dann bitte ich diejenigen Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht). Wer ist dagegen? — Niemand, wer enthält sich? — 4.

Der Antrag ist mit allen Stimmen bei 4 Enthaltungen **angenommen**.

Nun würde ich Ihnen vorschlagen, hier abzubrechen und heute nachmittag um 4 Uhr fortzufahren. Sie sind damit einverstanden.

Ich schließe damit die Sitzung.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 55 Minuten.

Inhaltsverzeichnis nebenstehend

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Anzeige neuer Eingänge	1633, 1639
Beratung des Antrags Dr. Glockner u. Gen. Bekämpfung der Zerstückelung landwirtschaftlicher Grundstücke	
Abg. Dr. Wolfhard	1634
„ Kurz	1639
„ Zoller	1641
„ Weißhaupt	1642
„ Obkircher	1644
„ Ritter	1645
„ Maier	1645
„ Büchner	1647
„ Hertle	1647
„ Sack	1649
„ Wolfhard (Schlußwort)	1654
Abstimmung	1655
Begründung und Beantwortung der Förml. Anfrage der Abg. Klaiber u. Gen., zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch	
Abg. Klaiber	1656
Ministerialrat Rein	1658, 1672
Abg. Frau Fischer-Karlsruhe	1659
„ Weißhaupt	1662
Minister des Innern Remmele	1665
Abg. Lechleiter	1666
„ Scheel	1667
„ Freidhof	1668
„ Klaiber	1670, 1680
„ Dr. Schofer	1672, 1679
„ D. Mayer	1676, 1680
„ Rückert	1677
„ Gündert	1679
Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfrage der Abg. Dr. Mattes u. Gen. Zwischenkredit für die badische Landwirtschaft	
Abg. Dr. Mattes	1681, 1683
Ministerialrat Rein	1683
Abstimmung	1684
Präsident Dr. Baumgartner	1684

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.